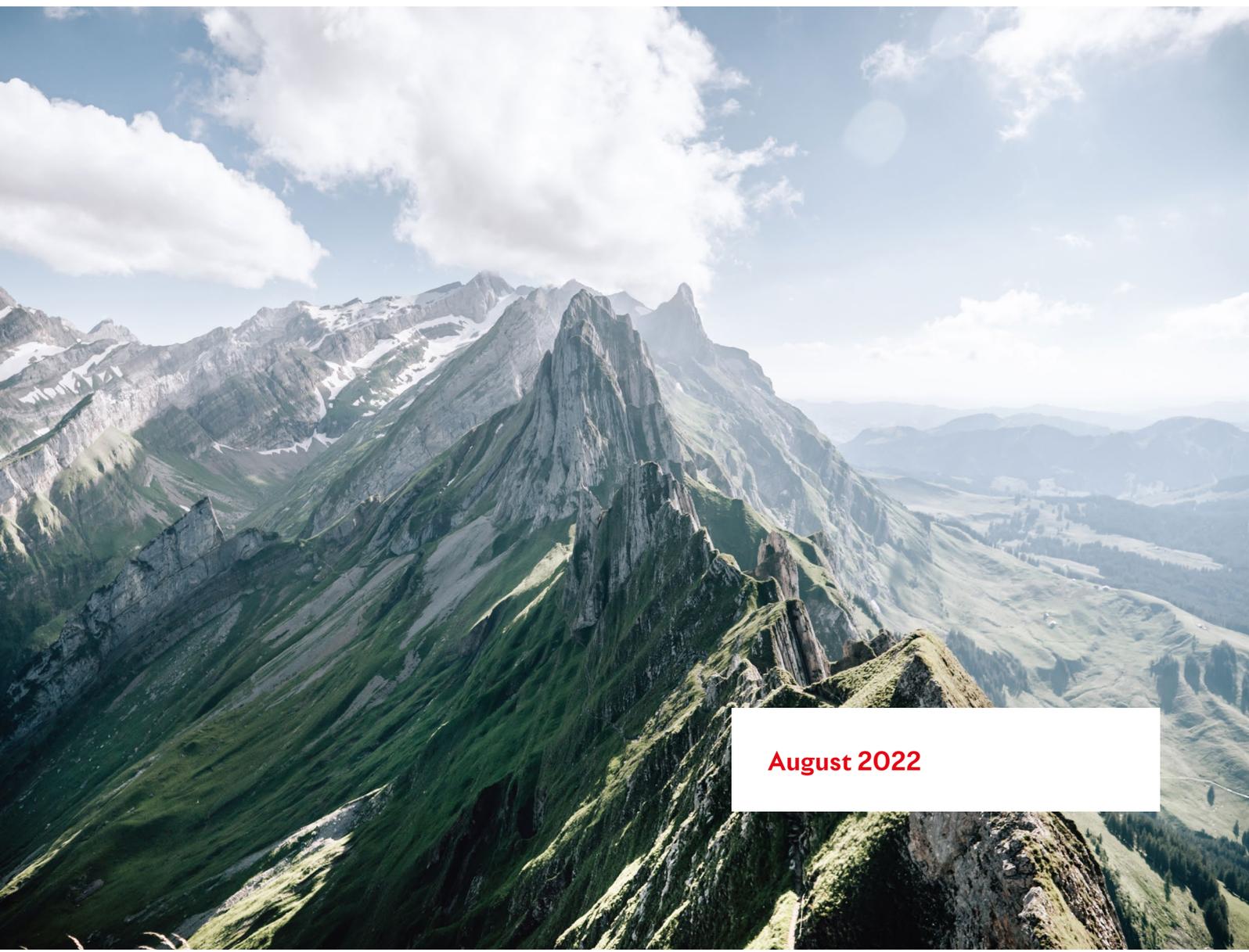


Bankenbarometer 2022

Die konjunkturelle Entwicklung der Banken in der Schweiz



August 2022

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	3
Teil I: Der Schweizer Bankensektor	3
Teil II: Konsolidierte Entwicklung der Banken	4
1. Wirtschaftliche Entwicklungen	9
Zinssituation	11
Staatsverschuldung	13
Marktzugang	14
Strukturwandel	16
Regulierung	17
Steuern	18
2. Geschäftserfolg	19
2.1 Entwicklungen 2021	20
2.2 Grosse Unsicherheiten prägen das erste Halbjahr 2022	24
3. Bilanzgeschäft	26
3.1 Entwicklungen 2021	27
3.2 Die Bilanzsumme stieg im ersten Halbjahr 2022	35
4. Vermögensverwaltung	35
4.1 Entwicklungen 2021	36
4.2 Verwaltete Vermögen nach dem ersten Halbjahr im Minus	40
5. Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz	41
5.1 Entwicklungen 2021	41
5.2 In der kurzen Frist positive Aussichten bei der Stellenentwicklung	43
Literaturverzeichnis	47

Executive Summary

Der Bankensektor trägt gerade in den aktuell unsicheren Zeiten massgeblich zum Erfolg der Schweizer Volkswirtschaft und des hiesigen Finanzplatzes bei. Die Schweiz gehört weltweit zu den führenden Finanzplätzen und ist die Nummer 1 in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. Per Ende 2021 waren in der Schweiz 239 Banken tätig.

Teil I: Der Schweizer Bankensektor

Der Schweizer Finanzplatz gehört zu den wettbewerbsfähigsten Finanzzentren der Welt und ist weltweit die Nummer 1 im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft. Er bietet erstklassige Rahmenbedingungen für technologische Innovationen und ist international vorbildlich reguliert.

Gegenläufige Tendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Schweiz hat die COVID-19-Pandemie aus wirtschaftlicher Sicht im internationalen Vergleich bislang gut bewältigt. 2021 konnten die Massnahmen schrittweise gelockert werden, was mit einer starken wirtschaftlichen Erholung und einem Rückgang der Arbeitslosenquote einherging. Die konjunkturelle Entwicklung 2022 wird durch verschiedene Unsicherheiten wie z. B. den Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Gefahr einer Energieknappheit aber auch durch möglicherweise erneute COVID-19-Massnahmen sowie steigende Inflationsraten geprägt. Für das Jahr 2022 wird mit einem Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 2,6 Prozent gerechnet.

Zentralbanken erhöhen angesichts persistent hoher Inflationsraten die Leitzinsen

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat im Juni 2022 erstmals seit fünfzehn Jahren den Leitzins angehoben und weitere Zinsschritte in Aussicht gestellt, um die Preisstabilität zu gewährleisten. Auch die Federal Reserve (Fed) und in geringerem Ausmass die Europäische Zentralbank (EZB) reagierten auf den starken Anstieg der Konsumentenpreise mit einer Leitzinserhöhung. Die Fed begann zudem im Juni 2022 damit, ihr Anleiheportfolio zu reduzieren, die EZB stellt einen solchen Schritt erst für 2024 in Aussicht.

Staatsverschuldung bleibt mittelfristig auf hohem Niveau

Infolge der COVID-19-Pandemie nahm die Staatsverschuldung auf hohem Niveau weiter stark zu. Mittelfristig ist nicht mit einem Rückgang zu rechnen. Insbesondere in der Eurozone erschweren die hohen Schuldenstände den Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik. Die Schweiz verfügt im internationalen Vergleich über eine relative niedrige Staatsverschuldung. Derzeit werden im Parlament zwei Varianten zur Rückführung der COVID-19-bedingten ausserordentlichen Verschuldung beraten.

Bundesrat will den bilateralen Weg mit der Europäischen Union weiterführen

Der Bundesrat will den bilateralen Weg fortführen und hat die Stossrichtung für ein Verhandlungspaket mit der Europäischen Union (EU) festgelegt. Angestrebt wird eine Verankerung institutioneller Elemente in den einzelnen Binnenmarktverträgen (vertikaler Ansatz). Eine integrale Klärung der institutionellen

• Swiss Banking

Fragen (horizontaler Ansatz) ist für den Bundesrat nach seiner Ablehnung des institutionellen Rahmenabkommens keine Option mehr.

In den Verhandlungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich (UK) über die Liberalisierung und Ausweitung des gegenseitigen Marktzugangs im Bereich der Finanzdienstleistungen konnten wichtige Grundsatzfragen geklärt werden. Bis Ende 2022 soll das Wesentliche in einem Staatsvertrag festgehalten werden.

Privates Digitalgeld und digitales Zentralbankgeld weltweit im Fokus

Verschiedene Zentralbanken, Banken und Technologiefirmen arbeiten im Hinblick auf die Erfordernisse der zunehmend digitalen Wirtschaft weltweit an digitalen Geldformen. Je nach Ausgestaltung kann Digitalgeld das Geschäftsmodell der Banken wie auch das Wirken der Zentralbanken fundamental verändern. Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) hat mit ihrem Diskussionspapier einen wichtigen Diskurs über die Ausgestaltung und den Einsatz von Digitalgeld und dessen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft angestoßen.¹

Änderung der Liquiditätsverordnung für systemrelevante Banken in Kraft getreten

Das neue Regulierungskonzept basiert auf zwei Säulen: den streng kalibrierten und offenlegungspflichtigen Grundanforderungen sowie den institutsspezifischen Zusatzerfordernissen, die durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) vorgegeben werden können. Kritische Rückmeldungen der SBVg wurden vom Bundesrat zu einem grossen Teil berücksichtigt.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) arbeitet an der Einführung einer globalen Mindeststeuer

Die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgeschlagene Mindeststeuer von 15 Prozent auf Betriebsgewinne von Konzernen hätte weitreichende Auswirkungen auf die Schweiz als exportorientiertes Land mit moderatem Steuerniveau und kleinem Binnenmarkt. Die grösseren Schweizer Banken wären vom Regime direkt betroffen. Die SBVg unterstützt eine Schweizer Umsetzung mit Augenmass und engagiert sich für ihre Mitglieder zum Erhalt des Erfolgsmodells Schweiz.

Teil II: Konsolidierte Entwicklung der Banken

Die Geschäftslage der Banken präsentierte sich 2021 gut. Der aggregierte Geschäftserfolg konnte insbesondere dank des Erfolgs aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft gesteigert werden. Die aggregierte Bilanzsumme verzeichnete einen Zuwachs. Die Anzahl Beschäftigte im Bankensektor nahm das zweite Jahr in Folge leicht zu.

¹ <https://www.swissbanking.ch/de/medien/news/sbv-g-veroeffentlicht-diskussionspapier-zu-digitalen-waehrungen>.

Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft prägte den aggregierten Geschäftserfolg

Erstmals seit 2015 trug der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft nach einer Zunahme um 10,9 Prozent den grössten Teil zum Geschäftserfolg der Banken bei. Grund dafür war der starke Anstieg der Wertpapierkurse im Jahr 2021. Der Erfolg im Handelsgeschäft nahm demgegenüber ab, nachdem er 2020 noch deutlich zugelegt hatte. Insgesamt resultierte eine Zunahme des aggregierten Geschäftserfolgs um 1,4 Prozent. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft nahm dabei nur leicht zu, das Niedrigzinsumfeld bleibt für die Banken eine Herausforderung. Die SNB nahm 2021 CHF 1,3 Mrd. an Negativzinsen ein. Der Grossteil davon stammte von Banken, deren Ergebnisse dadurch weiterhin stark belastet wurden.

Der Bruttogewinn aus der Geschäftstätigkeit der Banken nahm 2021 um 3,1 Prozent zu. Die Banken entrichteten Steuern in Höhe von CHF 2,6 Mrd.

Starke Zunahme der flüssigen Mittel, Hypothekarforderungen bleiben grösste Aktivposition

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz nahm im Jahr 2021 um 3,5 Prozent auf CHF 3'587,8 Mrd. zu. Mit einem Anstieg um 11,1 Prozent waren die flüssigen Mittel massgeblich an der Zunahme der Aktiven beteiligt. Die Zunahme der Giro Guthaben der Banken bei der SNB bewegte sich mit 4,4 Prozent nach dem starken Anstieg im Vorjahr wieder auf dem Vor-Pandemie-Niveau. Die Hypothekarforderungen bildeten mit einem Anteil von 31,6 Prozent weiterhin die grösste Position auf der Aktivseite der Schweizer Banken. Flüssige Mittel und Hypothekarforderungen waren in den vergangenen zehn Jahren die treibende Kraft auf der Aktivseite. So verzeichneten die flüssigen Mittel zwischen 2011 und 2021 eine markante Zunahme von CHF 259 Mrd. auf CHF 760,6 Mrd. Diese Entwicklung ist unter anderem auf die Basel-III-Liquiditätsregulierung sowie auf die Frankenstärke und das Niedrigzinsumfeld zurückzuführen. Letzteres steigert wiederum die Attraktivität von Wohneigentum und erklärt die in dieser Zeit beobachtete Zunahme der Hypothekarforderungen um rund 40 Prozent.

Sowohl Sichteinlagen wie auch Terminanlagen legten zu

Auf der Passivseite verzeichneten die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen eine Zunahme von 4,6 Prozent. Sie bildeten Ende 2021 insgesamt 57,5 Prozent der Bilanzsumme. Das Wachstum ist auf eine Zunahme sowohl der Sichteinlagen als auch der Termineinlagen um jeweils rund 10 Prozent zurückzuführen. Dies reflektiert die aussergewöhnlich hohe Sparquote infolge der COVID-19-Pandemie. Die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen und Verpflichtungen aus Handelsgeschäften nahmen demgegenüber ab. Der Anstieg der Termineinlagen steht im Gegensatz zur Entwicklung der letzten zehn Jahre. Zwischen 2011 und 2021 sank der Anteil der Termineinlagen an den Passiven von 12 Prozent auf 7 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der Sichteinlagen von 22,9 Prozent auf 35,7 Prozent. Im Niedrigzinsumfeld verlieren Termineinlagen gegenüber Sichteinlagen an Attraktivität und werden entsprechend umgeschichtet.

Starke Zunahme der verwalteten Vermögen

Die verwalteten Vermögen verzeichneten 2021 eine deutliche Zunahme von 12,1 Prozent, nachdem sie 2020 noch leicht rückläufig waren. Der Anstieg betraf die Vermögen sowohl inländischer wie ausländischer Kundinnen und Kunden. Haupttreiber war die starke Zunahme der Wertschriftenbestände in den Kundendepots der Banken (+14,3%). Rückläufig waren demgegenüber die Treuhandverpflichtungen (-10,8%)

sowie die Verpflichtungen gegenüber Kundinnen und Kunden ohne Einlagen auf Sicht (-3,6%). Die verwalteten Vermögen haben zwischen 2011 und 2021 um 68% zugenommen, wobei der Vermögensanteil der ausländischen Kundinnen und Kunden von 51 Prozent auf 47,4 Prozent zurückging. Ein Grund dafür ist die Aufwertung des Schweizer Francs, welche sich stärker auf die ausländische Kundschaft auswirkt, deren Vermögen einen höheren Fremdwährungsanteil aufweist.

Anzahl Beschäftigte bei den Banken nahm das zweite Jahr in Folge zu

Die 239 Schweizer Banken konnten 2021 zum zweiten Mal in Folge eine Zunahme der Anzahl Beschäftigten verzeichnen (+619 Vollzeitäquivalente). Es ist dennoch nicht davon auszugehen, dass die jüngste Entwicklung eine Trendwende bedeutet. Aufgrund der Konsolidierung der Branche, verschärfter Regulierung und der Auslagerung von Tätigkeiten ist die Anzahl der Beschäftigten seit 2013 stetig gesunken. Die Arbeitslosenquote des Finanzsektors lag gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) Ende 2021 mit 2,4 Prozent leicht unter derjenigen der Gesamtwirtschaft.

Abbildung 1

Die Struktur des Schweizer Bankensektors per Ende 2021

Bankengruppe	2020	2021	Neuaufnahmen	Umteilungen	Weglassungen
Kantonalbanken	24	24	0	0	0
Grossbanken	4	4	0	0	0
Regionalbanken und Sparkassen	59	59	0	0	0
Raiffeisenbanken	1	1	0	0	0
Auslandbanken	94	93	2	-2	1
Privatbankiers	5	5	0	0	0
Börsenbanken	39	36	0	-3	0
Andere Banken	17	17	0	0	0
Total	243	239	2	-5	1

Tabelle: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Die Grossbanken verzeichneten per Ende 2021 insgesamt 314 Vollzeitstellen weniger als im Vorjahr. Demgegenüber wiesen die restlichen Bankengruppen mit Ausnahme der Privatbankiers einen Stellenzuwachs auf.

In der ersten Jahreshälfte 2022 erhöhte sich gemäss der Umfrage der SBVg der Personalbestand bei den Schweizer Banken um rund 1 Prozent, wobei der Zuwachs im Ausland mit 1,5 Prozent stärker ausgefallen ist als im Inland (0,4%). Im gleichen Zeitraum sank die Arbeitslosenquote gemäss SECO im Finanzsektor auf

2,2 Prozent. Die Aussichten für den weiteren Jahresverlauf präsentieren sich positiv. Während nur 5,7 Prozent der befragten Banken von einem Rückgang der Beschäftigten ausgehen, erwarten 38,3 Prozent der Befragten einen Arbeitsplatzaufbau. Die besten Aussichten auf eine steigende Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2022 haben gemäss Umfrage die Geschäftsbereiche Retail Banking, Wealth Management sowie Logistik und Operations («Backoffice»).

Grosse Unsicherheiten prägen das erste Halbjahr 2022

Die wirtschaftliche Entwicklung 2022 ist von grosser geopolitischer Unsicherheit, steigenden Inflationsraten sowie der Rückkehr zu einer restriktiveren Geldpolitik geprägt. Damit einher geht eine negative Entwicklung der Aktienmärkte, welche sich sowohl in der Bilanz als auch den verwalteten Vermögen der Schweizer Banken widerspiegelt. Die verwalteten Vermögen reduzierten sich in den ersten fünf Monaten 2022 nach einem starken Anstieg im Jahr 2021 um 4,4 Prozent. Die aggregierte Bilanzsumme legte bis Ende Mai um 1,3 Prozent zu, wobei bei den Aktiven vor allem die Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften sowie auch die sonstigen Aktiven zugenommen haben. Einen starken Rückgang verzeichneten demgegenüber die Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen. Bei den Passiven kam es nach einer Zunahme im Jahr 2021 erneut zu einem Anstieg der Termineinlagen um 10,9 Prozent, während die Sichteinlagen um 1,4 Prozent zurückgingen. Mit der eingeleiteten Zinswende dürften Termineinlagen weiter an Bedeutung gewinnen.

Abbildung 2

Eckdaten Bankensektor

	2020	2021	Änderung zum Vorjahr
Anzahl Institute	243	239	-4
Beschäftigtenzahl (in Vollzeitäquivalenten, im Inland)	89'958,0	90'576,6	0,7%
<i>in Mrd. CHF</i>			
Aggregierter Geschäftserfolg	69,9	70,9	1,4%
Zinsgeschäft	23,6	23,8	1,2%
Erfolg Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft	23,0	25,5	10,6%
Erfolg Handelsgeschäft	10,9	7,7	-29,6%
Übriger ordentlicher Erfolg	12,4	13,9	11,9%
Bruttogewinn aus Geschäftstätigkeit	27,4	28,3	3,1%
Entrichtete Ertrags- und Gewinnsteuern	1,9	2,6	38,8%
Aggregierter Jahresgewinn (Periodenerfolg)	13,7	7,8	-42,8%
Jahresgewinne	14,5	9,0	-37,7%
Jahresverluste	0,8	1,2	50,0%
Bilanzsumme	3'467,3	3'587,8	3,5%
Kreditvolumen	1'259,1	1'294,1	2,8%
Verwaltetes Vermögen in der Schweiz	7'878,7	8'830,3	12,1%
Grenzüberschreitend verwaltetes Vermögen von Privatkundinnen und Privatkunden	2'160,7	2'395,3	10,9%

Tabelle: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank, Boston Consulting Group

1. Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach einem ertragsstarken Jahr 2021 operierten die Banken in der Schweiz im ersten Halbjahr 2022 in einem stark veränderten Umfeld, das vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, von Lieferkettenproblemen für die Wirtschaft und stark inflationären Tendenzen geprägt ist.

Abrupter Wechsel von der Pandemiebekämpfung hin zur Bewältigung einer geopolitischen Krise und deren Auswirkungen: Das erste Quartal 2021 wurde vor allem noch durch COVID-19-bedingte wirtschaftliche Einschränkungen charakterisiert. Im Vergleich zum ersten Lockdown im Jahr 2020 hielt sich der Wirtschaftseinbruch aber in Grenzen. Einerseits weil die Einschränkungen weniger weitreichend ausfielen, andererseits weil viele Unternehmen besser vorbereitet waren, umfassendere staatliche Unterstützungsmassnahmen Wirkung zeigten und die Konsumenten ihr Verhalten weniger stark anpassen mussten.² Ab dem zweiten Quartal 2021 konnten die Einschränkungen mit der fortschreitenden Immunisierung der Bevölkerung schrittweise gelockert werden. Dies führte zu einer starken wirtschaftlichen Erholung und einem Rückgang der Arbeitslosenquote. Im dritten Quartal 2021 hatte die Schweizer Wirtschaftsleistung bereits das Vorkrisenniveau des vierten Quartals 2019 überschritten. Die rasche konjunkturelle Erholung wurde jedoch im zweiten Halbjahr 2021 durch Engpässe bei Vorleistungsgütern und Transportkapazitäten sowie steigende Einkaufspreise und Lieferfristen gebremst. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) erwartet, dass die Lieferengpässe bis 2023 bestehen bleiben.³

Im ersten Quartal 2022 setzte sich die Erholung der Schweizer Wirtschaft fort und die Anzahl der offenen Stellen übertraf erstmals die Anzahl Stellensuchender. Verschiedene Brüche im internationalen Makroumfeld bergen aber beachtliche Unsicherheiten und trüben die Konjunkturentwicklung ein: Die ungewisse Dauer des Ukraine-Kriegs, die Auswirkungen von internationalen Sanktionen gegenüber Russland, eine mögliche Energieknappheit, die COVID-19-bedingten Lockdowns in China, die Gefahr einer erneuten Pandemiewelle und die Auswirkungen der international hohen Staatsverschuldung drohen, die wirtschaftliche Erholung stark zu bremsen. Ein unmittelbares Risiko geht von den steigenden Inflationsraten aus. Die Preissteigerung für Vorleistungsgüter in der Industrie sowie der Anstieg der Energiepreise schlugen sich zunehmend in den Verbraucherpreisen nieder. Die Konsumteuerung überschritt im Februar 2022 seit 2008 erstmals das Inflationsziel der Schweizerischen Nationalbank (SNB) von 2 Prozent und lag im Juni 2022 bei 3,4 Prozent. Etwa die Hälfte der aktuellen Inflation geht auf den Energiepreisanstieg zurück, die Kerninflation lag im Juni bei 1,9 Prozent. Im internationalen Vergleich bleibt der Preisanstieg in der Schweiz damit bislang moderat. Das SECO erwartet für 2022 ein Wachstum des Schweizer Bruttoinlandprodukts (BIP) von 2,6 Prozent, identifiziert zahlreiche Abwärtsrisiken und geht für 2023 von einer Abkühlung der Konjunktur aus.⁴

² SECO (2021). Konjunkturtendenzen Frühjahr 2021.

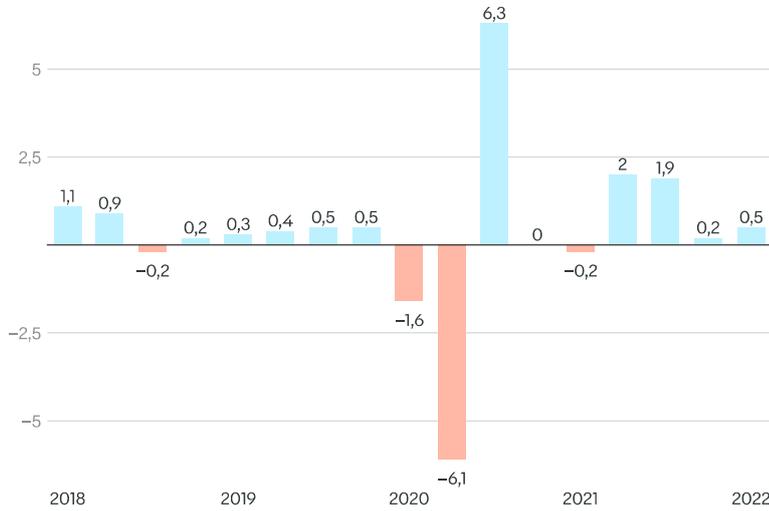
³ SECO (2021). Konjunkturtendenzen Winter 2021/2022.

⁴ SECO (2022). Konjunkturtendenzen Sommer 2022.

Abbildung 3

Schweizer BIP, real, saisonbereinigt 2018–2022

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

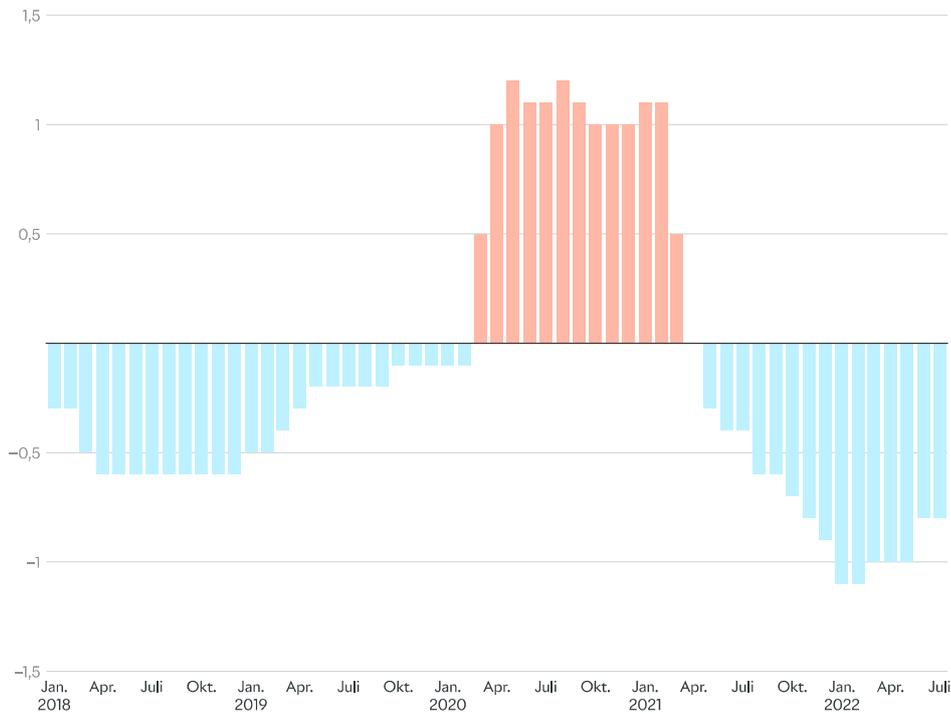


Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft 2022

Abbildung 4

Arbeitslosenquote 2019–2022

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft 2022

Zinssituation

Angesichts der hartnäckig hohen Inflationsraten haben die SNB, die Federal Reserve (Fed), die Europäische Zentralbank (EZB) und weitere Zentralbanken ihre Referenzzinssätze angehoben und weitere Zinsschritte in Aussicht gestellt. Diese Normalisierung der Geldpolitik birgt auch Konjunkturrisiken.

Die Fed hob das Zielband für den Leitzins angesichts hartnäckig hoher Inflationsraten in vier Schritten auf eine Zinsspanne zwischen 2,25 und 2,5 Prozentpunkten an. Sie begann zudem im Juni 2022 damit, ihr Anleiheportfolio zu reduzieren. Als ursächlich für die hohe Inflation sieht sie die gestiegenen Energiepreise, ein COVID-19-bedingtes Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage sowie einen allgemeinen Preisdruck. Sie behält sich weitere Zinsschritte vor, um die Preisstabilität zu gewährleisten, und erachtet die amerikanische Wirtschaft als robust genug, um einen Zinsanstieg zu verkraften.⁵

Auch die EZB betrachtet den Anstieg der Inflation nicht länger als vorübergehendes Phänomen. Sie erhöhte ihren Leitzins im Juli daher um 0,5 Prozentpunkte und setzte den Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen ihres Asset Purchase Programme (APP) aus. Gleichzeitig schuf sie aber das Transmission Protection Instrument (TPI), welches ex ante keine Volumina-Beschränkungen kennt.⁶ Eine Rückführung der Bilanzsumme wird erst für 2024 in Aussicht gestellt.⁷ Ein wesentlicher Grund für den vergleichsweise zögerlichen Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik liegt in den sehr hohen Schuldenständen mancher Länder der Eurozone und der konjunkturellen Abkühlung. Entsprechend gab die EZB anlässlich einer ausserordentlichen Sitzung bekannt, bei der Wiederanlage fällig werdender Wertpapiere flexibler agieren zu wollen⁸, was mit einem vermehrten Aufkauf von Staatsanleihen aus hochverschuldeten Ländern einhergehen dürfte. Es wird sich zeigen, inwiefern ein solches Vorgehen mittel- und langfristig mit der Gewährleistung der Preisstabilität vereinbar ist.

Demgegenüber hob die SNB im Juni 2022 zum ersten Mal seit fünfzehn Jahren den Leitzins überraschend um einen halben Prozentpunkt auf -0,25 Prozent an, um dem gestiegenen inflationären Druck entgegenzuwirken. Sie geht davon aus, dass die Inflation aufgrund der gestiegenen Preise für Energie und Nahrungsmittel sowie der Lieferengpässe noch für einige Zeit anhalten wird und sieht Anzeichen für Zweit-rundeneffekte. Weitere Zinserhöhungen zur Gewährleistung der Preisstabilität schliesst die SNB nicht aus und behält sich vor, bei Bedarf am Devisenmarkt zu intervenieren. Der Freibetragsfaktor zur Berechnung der vom Negativzins befreiten Sichtguthaben der Banken bei der SNB wird von 30 auf 28 reduziert, damit genügend Sichtguthaben dem Negativzins unterliegen und dieser sich wie gewünscht auf den Geldmarkt überträgt.⁹ Ende 2021 unterlagen in der Schweiz rund CHF 174 Mrd. an Sichtguthaben der Banken und anderer Finanzmarktteilnehmenden dem Negativzins. Darauf erwirtschaftete die SNB einen Ertrag von CHF 1,3 Mrd.¹⁰ Als Reaktion auf die Zinserhöhung haben verschiedenen Schweizer Banken bekanntgegeben, dass sie ihre Guthabengebühren anpassen werden. Die Zinswende, die sich aufgrund der gestiegenen Inflationserwartungen und der erhöhten wirtschaftlichen Risiken auch am langen Ende manifestiert,

⁵ Fed (2022). FOCM statement and implementation note vom 4. Mai, 15. Juni und 27. Juli 2022.

⁶ EZB (2022). The Transmission Protection Instrument.

⁷ EZB (2022). Geldpolitische Beschlüsse vom 9. Juni und 21. Juli 2022.

⁸ EZB (2022). Erklärung nach der Ad-hoc Sitzung des EZB-Rats vom 15. Juni 2022.

⁹ SNB (2022). Geldpolitische Lagebeurteilung vom 16. Juni 2022.

¹⁰ SNB (2022). Geschäftsbericht 2021.

wird mittelfristig zu Verschiebungen zwischen den Anlageklassen führen und dürfte den Anstieg der Nachfrage nach Immobilien etwas dämpfen.

Abbildung 5

Inflationsentwicklung und Leitzins

Durchschnittliche Preisveränderung in %

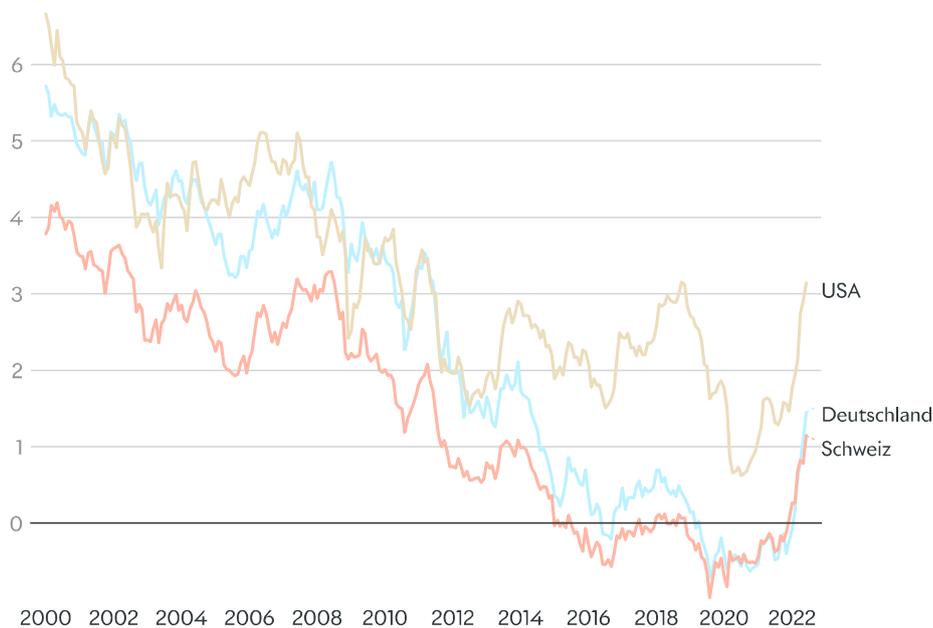


*Prognose

Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Internationaler Währungsfonds World Economic Outlook April 2022, Europäische Zentralbank, Federal Reserve, Schweizerische Nationalbank

Abbildung 6

Rendite 10-jährige Staatsanleihen 2000–2022



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank, Federal Reserve, Deutsche Bundesbank

Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldung nahm global infolge der COVID-19-Pandemie weiter zu und bleibt mittelfristig auf hohem Niveau. Die Belastung durch den Zinsanstieg ist in vielen Ländern deshalb substantiell.

Infolge COVID-19-bedingter Sonderausgaben, geringerer Staatseinnahmen sowie dem Rückgang der Wirtschaftsleistung nahm die Staatsverschuldung auf hohem Niveau weiter zu. Mit einer weltweiten durchschnittlichen Schuldenquote von 99 Prozent des BIP wurde 2020 ein neuer Höchstwert erreicht. Der Internationale Währungsfonds (IMF) erwartet bis 2027 keinen signifikanten Rückgang. Die mit dem Krieg in der Ukraine verbundene grosse Unsicherheit, ein erwarteter Rückgang des Wirtschaftswachstums sowie allfällige sozialpolitische Massnahmen zur Abfederung der hohen Energie- und Lebensmittelpreise halten den Druck auf die Staatsfinanzen aufrecht. Gleichzeitig reduziert die hohe und volatile Inflation mittelfristig die Attraktivität von Staatsanleihen und erschwert damit deren Refinanzierung.¹¹ Insbesondere in der Eurozone erschweren die sehr hohen Schuldenstände und die akzentuierten Renditeunterschiede auf Staatsanleihen den Ausstieg aus der expansiven und damit inflationär wirkenden Geldpolitik. Um die schädlichen Auswirkungen der hohen Zinslast für Staatshaushalt und Wirtschaftsdynamik zu vermeiden, besteht ein Anreiz für die Zentralbanken, die Zinsen nicht zu stark anzuheben und Inflationsrisiken weniger Gewicht beizumessen. Damit könnte die Geldpolitik weiterhin ein fiskalpolitisches Instrument bleiben, was die Unabhängigkeit der Zentralbanken in Frage stellt.

Die Schweiz hatte dank der Schuldenbremse vor der COVID-19-Pandemie eine im internationalen Vergleich niedrige Staatsverschuldung und verfügte über ausreichend fiskalischen Spielraum, um die ausserordentlichen Massnahmen zur Unterstützung der Schweizer Wirtschaft zu finanzieren. Der Bundesrat gab im August 2021 zwei Varianten zum Abbau der COVID-19-bedingten ausserordentlichen Schulden in die Vernehmlassung. Bei der ersten Variante erfolgt der Abbau vollständig über Finanzierungsüberschüsse, bei der zweiten Variante wird nur die Hälfte der Schulden abgebaut und die restlichen Schulden werden mit dem Schuldenabbau der letzten Jahre verrechnet. In beiden Fällen sollen die Zusatzausschüttungen der SNB direkt in den Schuldenabbau fliessen. Sparmassnahmen oder Steuererhöhungen sind nicht geplant. Obwohl in der Vernehmlassung eine Mehrheit Variante 2 befürwortet, beantragte der Bundesrat im März 2022 in seiner Botschaft an das Parlament, die Variante 1 anzunehmen und damit einen vollständigen Abbau des COVID-19-bedingten Fehlbetrags in der Grössenordnung von CHF 25 bis 30 Mrd. umzusetzen. Er möchte so wenig wie möglich in die bewährte Systematik der Schuldenbremse eingreifen und strebt eine Rückkehr zur stabilen finanzpolitischen Lage vor der COVID-19-Pandemie an.¹² Die Vorlage wird nun im Parlament behandelt.

¹¹ IMF (2022). Fiscal Monitor. Fiscal policy from pandemic to war.

¹² Bundesrat (2022). Botschaft zur Änderung des Finanzhaushaltgesetzes (Abbau der coronabedingten Verschuldung) vom 18. März 2022.

Abbildung 7

Staatsverschuldung Industrieländer 2019 und 2021

In % des BIP



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: International Monetary Fund – World Economic Outlook April 2022

Marktzugang

Der Bundesrat bekräftigte nach der Ablehnung des Institutionellen Rahmenabkommens seine Absicht, den bilateralen Weg mit der Europäischen Union (EU) weiterzuführen. Parallel dazu schreiten die Verhandlungen über ein Finanzdienstleistungsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich (UK) voran.

Der Bundesrat hat im Mai 2021 beschlossen, das Institutionelle Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU nicht zu unterzeichnen. Das Rahmenabkommen hätte die bilateralen Beziehungen zur EU nachhaltig gestärkt, die Rechtssicherheit erhöht und zu einer Verbesserung des Marktzugangs für die Schweizer Banken beigetragen. Im Februar 2022 bekräftigte der Bundesrat an seiner europapolitischen Klausur die Fortführung des bilateralen Weges und legte die Stossrichtung für ein Verhandlungspaket mit der EU fest. Angestrebt wird eine Verankerung institutioneller Elemente in den einzelnen Binnenmarktverträgen (vertikaler Ansatz). Eine integrale Klärung der institutionellen Fragen (horizontaler Ansatz) ist für den Bundesrat keine Option. Er möchte zudem neue Binnenmarktverträge in den Bereichen Strom und Lebensmittelsicherheit sowie Assoziierungsabkommen in den Bereichen Forschung, Gesundheit und Bildung aushandeln.

Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) begrüsst, dass der Bundesrat den bilateralen Weg festigen will und eine Deblockierung der Europapolitik anstrebt. An der Klausur vom 17. Juni 2022 wies der Bundesrat darauf hin, dass die Gespräche mit der EU intensiviert würden. Die Branche fordert jedoch, dass die Anliegen der Banken für einen verbesserten Marktzugang auf die Agenda des Dialogs mit der EU kommen. Das grenzüberschreitende Vermögensverwaltungsgeschäft mit Privatkundinnen und -kunden aus der EU ist ein wichtiger Exportsektor der Schweiz: Kundinnen und Kunden aus dem EU-Raum lassen Vermögen in der Höhe von rund CHF 1'000 Mrd. von Banken in der Schweiz verwalten. Dies generiert Steuereinnahmen von ca. CHF 1,5 Mrd. pro Jahr und schafft Arbeit für rund 20'000 Mitarbeitende in der Schweiz.¹³ Um diese Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Steuererträge in der Schweiz zu steigern, ist die Schaffung von praktikablen und nachhaltigen Marktzugangslösungen zentral. Ausserdem fordert die SBVg, dass der Bund sich weiterhin proaktiv dafür einsetzt, dass keine neuen Hindernisse für einen praktikablen Marktzugang geschaffen werden.

Seit der Unterzeichnung des Joint Statements am 30. Juni 2020 durch die Finanzminister der Schweiz und des Vereinigten Königreichs (UK) laufen intensive Verhandlungen über die Liberalisierung und Ausweitung des gegenseitigen Marktzugangs im Bereich der Finanzdienstleistungen. Ziel ist es, bis Ende 2022 das Wesentliche in einem Staatsvertrag festzuhalten und dabei einen echten Mehrwert zu schaffen. Das Abkommen soll auf dem von der Branche als zielführend erachteten Grundsatz der «mutual recognition» (gegenseitige Anerkennung) der Finanzmarktregulierung und des Aufsichtsrahmens basieren.

Im Jahr 2021 konnten in den Verhandlungen wichtige Grundsatzfragen geklärt werden. Unter anderem hatte UK die Äquivalenz der Schweizer Börsenregulierung anerkannt. Ende 2021 zeigten sich die beiden Finanzminister bei ihrem Treffen in London sehr optimistisch und legten weitere Meilensteine fest. Von grosser Bedeutung für die Schweizer Banken ist dabei die Abdeckung grenzüberschreitender Wertpapierdienstleistungen für vermögende Privatpersonen durch das Abkommen. Bankbezogene Tätigkeiten bedürfen jedoch weiterer technischer Klärungen und intensiver Verhandlungen. In der ersten Jahreshälfte 2022 fand ausserdem die Bewertung der Gleichwertigkeit auf Grundlage des Anwendungsbereichs des Abkommens statt.

¹³ SBVg (2019). Marktzugang für Schweizer Banken – Bedeutung und Perspektiven. Hintergrundpapier der SBVg.

Strukturwandel

Die Banken befinden sich – wie andere Branchen auch – in einem ständigen Strukturwandel: Sie passen ihre Geschäftsmodelle, Prozesse und Strukturen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, neuen technologischen Möglichkeiten sowie den sich wandelnden Kundenbedürfnissen an.

Auf den Finanzsektor entfiel 2020 gemäss der neuesten Studie von BAK Economics rund ein Siebtel der Schweizer Bruttowertschöpfung.¹⁴ Tatsächlich dürfte die Wertschöpfung des Finanzsektors aber noch höher liegen. Verschiedene Banken haben aufgrund des Wettbewerbs- und Regulierungsumfeldes ihre Organisationstruktur angepasst und Personal in konzerninterne Dienstleistungsgesellschaften ohne Banklizenz verlagert. Die direkte Wertschöpfung der Banken erscheint damit kleiner, als sie tatsächlich ist. Zudem werden digitale Plattformen (Crowdfunding, Zahlungsverkehr etc.), die nicht direkt von klassischen Finanzinstituten betrieben werden, nicht zur Wertschöpfung des Finanzsektors hinzugerechnet, obwohl sie sehr eng mit diesem verknüpft sind.

Rund zehn Prozent aller Arbeitsplätze in der Schweiz waren 2020 direkt oder indirekt vom Finanzsektor abhängig.¹⁵ Mit der Digitalisierung verändern sich die Anforderungsprofile für Beschäftigte im Finanzsektor: Gefragt sind vermehrt Kompetenzen in den Bereichen Informatik, Kredit- und Risikomanagement sowie Research und Produktentwicklung. Zudem werden Grundkompetenzen wie beispielsweise vernetztes Denken, Problemlösen, Lernbereitschaft, Kommunikation und Kreativität neben der Fachkompetenz immer wichtiger.

Im Wandel befinden sich auch die Wertschöpfungsmodelle der Schweizer Banken. Grundlage für ein zukunftsträchtiges Modell sind eine effiziente Infrastruktur, digitale Fähigkeiten, technische und organisatorische Agilität und eine Kollaboration in Ökosystemen über Unternehmensgrenzen hinweg.¹⁶

Eine Öffnung der Schnittstellen und eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Banken und FinTechs adressieren das Kundenbedürfnis, die für sie optimalen Angebote an Finanzdienstleistungen kombinieren zu können. Entscheidend für die Ausschöpfung des grossen Potenzials ist dabei, dass ein Mehrwert für Kundinnen und Kunden gemeinsam und basierend auf marktwirtschaftlichen Lösungen generiert wird. Zu diesem Zweck hat die SBVg zusammen mit Swiss Fintech Innovations (SFTI) und allen relevanten Akteuren des Finanzplatzes ein gemeinsames Rollenverständnis für die weitere Zusammenarbeit im Bereich Open Finance entwickelt.¹⁷ Der Erfolg des marktgetriebenen Schweizer Ansatzes zeigt sich in der Einigung der Vermögensverwaltungsbranche auf gemeinsame digitale Schnittstellen und deren Verwaltung durch die neu gegründete OpenWealth Association.

Privates Digitalgeld und digitales Zentralbankgeld bieten potenziell grossen sozialen und wirtschaftlichen Mehrwert. Verschiedene Zentralbanken, Banken und Technologiefirmen arbeiten weltweit an digitalen Geldformen. Je nach Ausgestaltung kann Digitalgeld das Geschäftsmodell der Banken wie auch das Wirken der Zentralbanken fundamental verändern. Die SBVg stösst mit ihrem Diskussionspapier einen

¹⁴ https://www.swissbanking.ch/_Resources/Persistent/3/7/0/6/3706b718889a4fa6b983595c8c3a7cda5e6d62de/BAK_Economics_Bedeutungsstudie_Finanzsektor_2021.pdf

¹⁵ <https://www.swissbanking.ch/de/medien/news/schweizer-finanzsektor-bedeutender-arbeitgeber-und-wirtschaftsmotor-gerade-in-krisenzeiten>

¹⁶ <https://www.swissbanking.ch/de/medien/statements-und-medienmitteilungen/neue-modelle-der-wertschoepfung-brauchen-banken-einen-wandel>

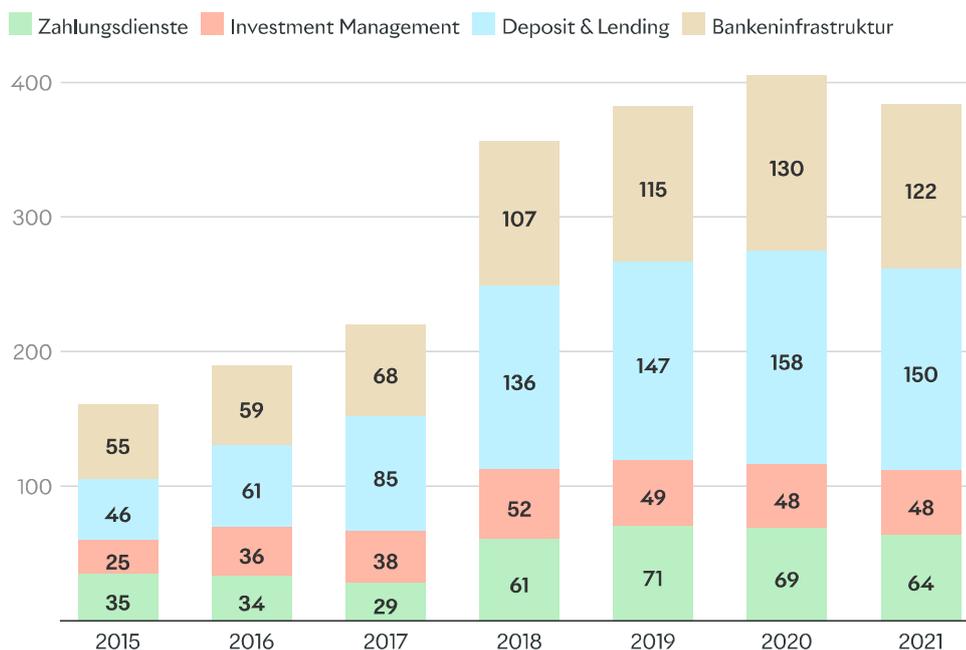
¹⁷ <https://www.swissbanking.ch/de/medien/news/open-finance-branchenverbaende-gestalten-grundlagen-fuer-einen-offenen-finanzplatz>

wichtigen Diskurs über die Ausgestaltung und den Einsatz von Digitalgeld und dessen Folgen für Wirtschaft- und Gesellschaft an.¹⁸ Die Zukunft gehört demnach digitalen Währungen, die von regulierten Anbietern herausgegeben werden. Die SBVg intensiviert hierzu ihre Arbeiten und positioniert sich als Gravitationszentrum zu digitalen Geldformen.

Abbildung 8

Schweizer FinTech-Firmen 2015–2021

Nach Produktart



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Institut für Finanzdienstleistungen Zug FinTech Study 2022

Regulierung

Die Banken- und Finanzmarktregulierung spielt für die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes eine zentrale Rolle. Die Schweiz ist auch in der dritten Ausgabe des Global Financial Regulation, Transparency and Compliance Index (GFRTCI) unter den bestplatzierten Ländern.¹⁹

Der Bundesrat hat die Änderung der Liquiditätsverordnung für systemrelevante Banken per 1. Juli 2022 mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten in Kraft gesetzt. Das neue Regulierungskonzept basiert auf zwei Säulen: den streng kalibrierten und offenlegungspflichtigen Grundanforderungen sowie den instituts-spezifischen Zusatzanforderungen, die durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) vorgegeben

¹⁸ https://www.swissbanking.ch/_Resources/Persistent/f/1/d/1/f1d117daaf1fd42a6c3d0fb61e3a9c04e3eddaaa/SBVg_Diskussionspapier_CDBC_DE.pdf

¹⁹ <https://industry.sfi.ch/en/publications?publication=79654>

werden können. Kritische Rückmeldungen der SBVg wurden vom Bundesrat zu einem grossen Teil berücksichtigt.

Im Einklang mit dem revidierten Bankengesetz sollen die Ausführungen zu den Insolvenzbestimmungen und zur Einlagensicherung in der Bankenverordnung angepasst werden. Die SBVg unterstützt die Vorschläge des Bundesrates bei der Einlagensicherung weitestgehend, erachtet aber die Schaffung einer zusätzlichen Vorfinanzierungsvariante mit einer Hinterlegungslösung über die SNB als notwendig. Erheblicher Anpassungsbedarf besteht demgegenüber bei den neuen Anforderungen an systemrelevante Institute im Bereich der Sanier- und Liquidierbarkeit («Resolvability»). Bezüglich der Gruppengesellschaften von systemrelevanten Instituten sowie bei den Bail-in-Instrumenten der Kantonalbanken sind zudem Präzisierungen nötig.

Die SBVg hat ihre Empfehlungen zur Amortisation von COVID-19-Krediten aktualisiert. Grundsätzlich sollen die Rückzahlungen wie ursprünglich vorgesehen am 31. März 2022 starten. Von der Pandemie noch immer stark betroffene Unternehmen sollen aber die Möglichkeit zum unbürokratischen Aufschub des Amortisationsbeginns erhalten. Der Bundesrat bestätigte zudem im Hinblick auf Gruppendarlehen den Standpunkt der SBVg: Die Gewährung von Aktivdarlehen an andere Schweizer Gruppengesellschaften ist erlaubt, sofern diese der Wahrnehmung der vorbestehenden Amortisationspflicht dient.

Die dritte Ausgabe des GFRTCI zeigt, dass die Schweiz im internationalen Vergleich bei den Bereichen Finanzmarktregulierung sowie Transparenz und Compliance weiterhin gut dasteht. Obwohl sich der Indexwert der Schweiz gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert hat, hat sie gegenüber den ersten beiden Ausgaben einige Plätze eingebüsst. Grund dafür ist die verzögerte Umsetzung des Basel-III-Regelwerkes in der EU und die damit verbundene dortige Verbesserung des Regulierungsumfeldes. Grundsätzlich liegen die bestplatzierten Länder so nahe zusammen, dass die konkrete Platzierung nicht aussagekräftig ist.

Steuern

Attraktive steuerliche Rahmenbedingungen und wirksame Compliance-Regeln sind wesentliche Standortfaktoren für den Finanzsektor. Neben der Besteuerung der eigenen Geschäftstätigkeit von Banken steht dabei die Regulierung zur Sicherstellung der Steuerpflicht von Kundinnen und Kunden im Vordergrund.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat mit dem «Crypto Asset Reporting Framework (CARF)» Pläne präsentiert, die einen Automatischen Informationsaustausch (AIA) speziell für virtuelle Vermögenswerte bedeuten würden. Die SBVg befürwortet die Gleichbehandlung der «Krypto-Welt» und dem traditionellen Finanzmarkt bezüglich der steuerlichen Transparenz. Das Nebeneinander von CARF und AIA schafft für die Banken aber eine unnötige Doppelspurigkeit. Sie müssen bereits unter dem AIA alle in ihren Depots gehaltenen Vermögenswerte, d. h. auch Krypto-Vermögenswerte, melden. Die SBVg fordert daher gemeinsam mit den internationalen Bankenverbänden, dass alle von Banken gehaltenen virtuellen Vermögenswerte vom CARF ausgenommen werden.²⁰

Der Bundesrat eröffnete im Januar 2022 die Vernehmlassung über die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Trusts im Schweizer Recht. Derzeit müssen die Akteure in der Schweiz auf ausländische

²⁰ <https://www.swissbanking.ch/de/medien/news/automatischer-informationsaustausch-fuer-virtuelle-vermoegenswerte-ja-aber-gleiche-regeln-fuer-alle>

• Swiss Banking

Trusts ausweichen. Ein Schweizer Trust soll neue Anwendungs- und Geschäftsmöglichkeiten eröffnen, die Rechtssicherheit erhöhen und dadurch den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken. Der Vorschlag des Bundesrates wird diesen Zielen aber nicht gerecht. Mit dem vorgeschlagenen neuen Steuerregime würde der Standort Schweiz nicht nur für neue, sondern auch für bestehende Trusts an jeglicher Attraktivität einbüßen. Damit wird das Nachfolgegeschäft der Schweizer Banken bedroht. Die SBVg lehnt den Vorschlag deshalb vollumfänglich ab.²¹

Im Bereich der Unternehmenssteuern erarbeitet die OECD seit einiger Zeit neue Regeln für die Aufteilung des weltweiten Steueraufkommens. Als exportorientiertes Land mit moderatem Steuerniveau und kleinem Binnenmarkt wird die Schweiz von der geplanten globalen Mindeststeuer wesentlich betroffen sein. Der Bundesrat schlug dem Parlament am 23. Juni 2022 dennoch vor, die neuen Besteuerungsregeln zu übernehmen. Er möchte dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und ihrer Wirtschaft erhalten und die Voraussetzungen schaffen, dass Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in der Schweiz erhalten bleiben. Die SBVg unterstützt eine Umsetzung mit Augenmass und engagiert sich für ihre Mitglieder zum Erhalt des Erfolgsmodells Schweiz.

Ein starker Wirtschafts- und Finanzplatz braucht insbesondere einen starken Kapitalmarkt. Der Schweizer Kapital-, Geld- und Kreditmarkt ist jedoch geschwächt, hauptsächlich wegen steuerlicher Hürden wie der Verrechnungssteuer und den Stempelabgaben. Mit der geplanten Reform der Verrechnungssteuer wollen der Bundesrat und eine klare Mehrheit des National- und Ständerats einen Standortnachteil korrigieren. Die Schweizer Unternehmen können sich heute nur unter sehr erschwerten Bedingungen über den Schweizer Kapitalmarkt finanzieren, weshalb sie ins Ausland ausweichen. Es wäre klüger, wenn sich die Schweizer Firmen in der Schweiz finanzieren könnten. Das würde in der Schweiz mehr Arbeitsplätze und Steuereinnahmen schaffen. Die Abstimmung zur Reform der Verrechnungssteuer findet am 25. September 2022 statt.

2. Geschäftserfolg

Gegenüber dem Vorjahr nahm der aggregierte Geschäftserfolg der Banken in der Schweiz im Jahr 2021 um rund 1,4 Prozent zu. Der aggregierte Jahresgewinn lag 2021 unter dem Vorjahreswert.

Mit einem Anstieg von 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr summierte sich der Geschäftserfolg aller Banken in der Schweiz im Jahr 2021 auf CHF 70,9 Mrd. Dieser leichte Anstieg ist auf eine Zunahme der Erfolge aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft (+10,9%) sowie des übrigen ordentlichen Erfolgs (+12,1%) zurückzuführen. Ein Rückgang des Erfolgs aus dem Handelsgeschäft von CHF 3,2 Mrd. (-29,4%) hemmte jedoch diesen Anstieg. Aufgrund des im Jahr 2021 anhaltenden Niedrigzinsumfelds verzeichnete der Erfolg aus dem Zinsgeschäft lediglich eine leichte Zunahme von 0,8 Prozent und kam auf den gleichen Wert wie bereits 2019 zu liegen (CHF 23,8 Mrd.). Während der Anteil der Grossbanken am Geschäftserfolg das erste Mal seit 2017 leicht abgenommen hat, sind die Anteile der anderen Bankengruppen relativ stabil geblieben.

²¹ https://www.swissbanking.ch/_Resources/Persistent/c/c/2/6/cc26ef1f62d0739ccb26c1b31e9d4a14f4296cc5/Stellungnahme%20SBVg%20Einf%C3%BChrung%20Trust%202022.pdf

Statistische Erhebungsstufen

Die vorliegende Publikation basiert auf Daten der SNB zu den statutarischen Einzelabschlüssen der Banken (Stammhaus). Diese Daten können namentlich bei den Grossbanken und international tätigen Banken von denjenigen auf Konzernstufe abweichen. Die SNB unterscheidet bei der Datenpublikation die drei Perspektiven «Geschäftsstellen im Inland», «Stammhaus» und «Konzern».

2.1 Entwicklungen 2021

Geschäftserfolg nach Geschäftsbereichen

Der aggregierte Geschäftserfolg setzt sich aus den Erfolgen aus dem Zinsgeschäft, Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, Handelsgeschäft sowie dem übrigen ordentlichen Erfolg zusammen. Die Zunahme des Geschäftserfolgs um 1,4 Prozent im Jahr 2021 war sowohl durch eine Zunahme des Erfolgs aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft sowie einer Abnahme des Erfolgs aus dem Handelsgeschäft gekennzeichnet.

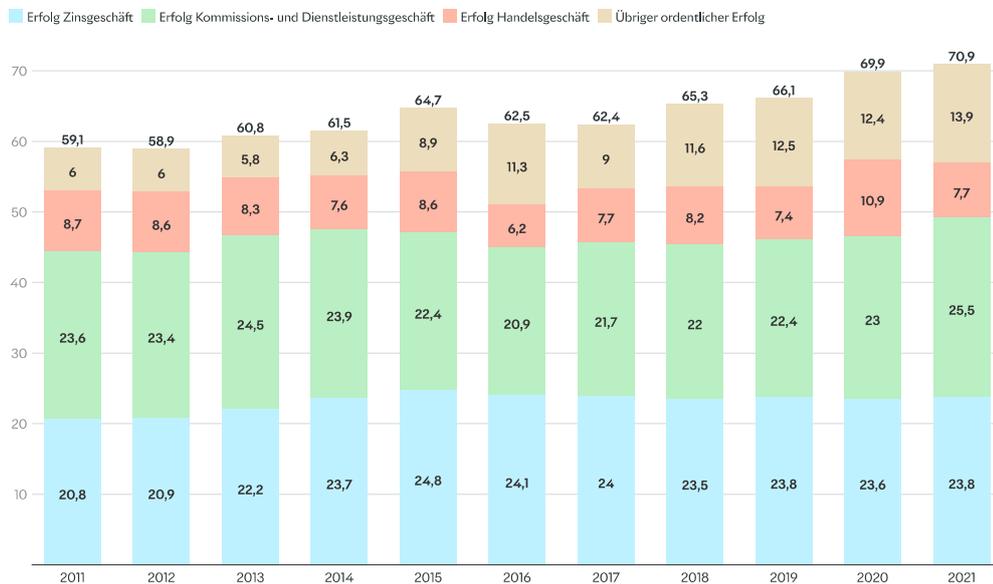
Erstmals seit 2015 trug der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft mit 36 Prozent den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei. Dies aufgrund eines Anstiegs von CHF 23 Mrd. auf CHF 25,5 Mrd. (+10,9%). Diese Zunahme ist vor allem auf die Kommissionserträge aus dem Wertschriften- und Anlagengeschäft zurückzuführen, die 2021 um rund CHF 2 Mrd. (+8,9%) höher lagen als im Vorjahr. Diese Zunahme ist auf den starken Anstieg der Wertpapierkurse im Jahr 2021 zurückzuführen. Obwohl der Erfolg aus dem Zinsgeschäft um CHF 0,2 Mrd. (+0,8%) leicht zulegen konnte, verlor das Zinsgeschäft mit einem Anteil von 33,6 Prozent den Status als bedeutendste Erfolgsposition. Hinter der leichten Zunahme des Zinserfolgs lag eine starke Abnahme des Zinsaufwandes um CHF 4,8 Mrd. (–34%) und eine etwas schwächere Abnahme des Zinsertrags um CHF 4,5 Mrd. (–12%). Der geringere Zinsaufwand resultiert aus einer günstigeren Refinanzierung der Banken und tieferen Ausgaben für Negativzinsen auf Girobestände bei der SNB. Die Erträge der SNB aus den Negativzinsen sind im Vergleich zum Vorjahr erneut um rund CHF 121 Mio. auf CHF 1,3 Mrd.²² gesunken, wobei ein Grossteil davon weiterhin von den Banken geleistet wird.

²² SNB (2022). Geschäftsbericht 2021.

Abbildung 9

Geschäftserfolg nach Geschäftsbereichen

In CHF Mrd.



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Nachdem es im Jahr 2020 zu einer starken Zunahme beim Erfolg im Handelsgeschäft kam, ist im Jahr 2021 eine gegenteilige Entwicklung zu beobachten. Der Erfolg im Handelsgeschäft ist wieder deutlich unter CHF 10 Mrd. gefallen. Dies entspricht einer Abnahme von knapp 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr und einer Normalisierung auf dem Niveau der Jahre vor 2020. Ein Grund für diese Normalisierung ist die sinkende Volatilität der Märkte im Verlauf des Jahres 2021, insbesondere gegenüber 2020. Diese ist in der Regel mit einer niedrigeren Handelsaktivität der Banken verbunden.

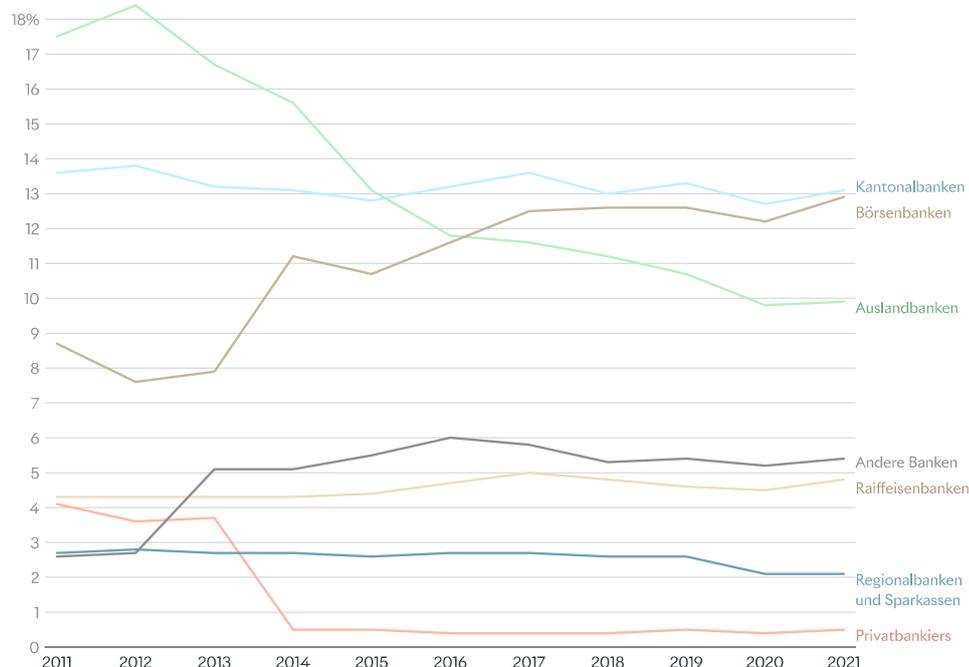
Geschäftserfolg nach Bankengruppen

Die Grossbanken waren stärker durch das rückläufige Handelsgeschäft betroffen und wiesen eine leichte Abnahme des Anteils am Geschäftserfolg auf. Die Erfolgsanteile der restlichen Bankengruppen blieben relativ stabil.

Abbildung 10

Geschäftserfolg nach Bankengruppe (ausgenommen Grossbanken)

In Prozent



Hinweis: Der Erfolgsanteil der Grossbanken liegt seit 2010 zwischen 46 und 53 Prozent und ist damit wesentlich höher als die Anteile der verbleibenden Bankengruppen. Um die Entwicklung der verbleibenden Bankengruppen besser aufzeigen zu können, wird die Entwicklung der Anteile der Grossbanken in dieser Abbildung nicht dargestellt.

Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten alle Bankengruppen mit Ausnahme der Grossbanken zunehmende oder stabile Anteile am Geschäftserfolg. Beispielsweise konnten die Kantonalbanken ihren Anteil am Geschäftserfolg um 0,4 Prozentpunkte auf 13,1 Prozent erhöhen. Dies entspricht einer Zunahme des Geschäftserfolgs um CHF 366,5 Mio. Auch die Auslandbanken konnten ihren Anteil ausbauen und somit den Abwärtstrend der vergangenen zehn Jahre stoppen. Die Auslandbanken wiesen 2021 einen Erfolgsanteil von 9,9 Prozent auf. Dies entspricht einem Geschäftserfolg von CHF 6'992,7 Mio. Die Grossbanken (nicht abgebildet) verzeichneten als einzige Bankengruppe einen um CHF 640 Mio. tieferen Geschäftserfolg. Dies resultierte in einem Rückgang des Anteils der Grossbanken am gesamten Geschäftserfolg von 53,1 Prozent auf 51,4 Prozent. Diese Abnahme ist vor allem auf das im Jahr 2021 rückläufige Handelsgeschäft zurückzuführen, das bei den Grossbanken im Vergleich zu den anderen Bankengruppen eine bedeutendere Erfolgskomponente ist.

Statistische Effekte der Zuordnung zu Bankengruppen

Die Zuteilung der einzelnen Banken zu Bankengruppen wird von der SNB in eigenem Ermessen vorgenommen. Aufgrund von Fusionen, Abspaltungen, Neugründungen und weiteren strukturellen Anpassungen kann sich die Zusammensetzung der Bankengruppen über die Zeit verändern. Beispielsweise wurde im Jahr 2021 die Börsenbank Banque Pâris Bertrand SA durch die ausländisch beherrschte Rothschild & Co Bank AG übernommen. In der Bankenstatistik führt dies dazu, dass die entsprechenden Geschäfte nicht mehr den Börsenbanken, sondern den Auslandbanken zugeordnet werden. Ausserdem wurde im Jahr 2020 die Neue Aargauer Bank (NAB) mit der Credit Suisse (Schweiz) AG zusammengeführt, was zu einem Rückgang der entsprechenden Geschäfte bei den Regionalbanken führte. Im Jahr 2014 änderten zahlreiche Banken der Gruppe «Privatbankiers» ihre Rechtsstruktur und werden seitdem unter den Börsenbanken sowie Andere Banken geführt. Dies führte zu Strukturbrüchen in den Statistiken der Bankengruppen «Privatbankiers» und «Börsenbanken».

Seit dem Jahr 2011 stieg der Anteil der Börsenbanken am Gesamterfolg von 8,7 Prozent auf 12,9 Prozent an. Auch die Grossbanken konnten ihren Anteil am Gesamterfolg in diesem Zeitraum von 46,5 Prozent auf 51,4 Prozent ausbauen (nicht abgebildet). Die Anteile der Privatbankiers und Auslandbanken sanken im selben Zeitraum von 4,1 Prozent auf 0,5 Prozent und von 17,5 Prozent auf 9,9 Prozent. Der Rückgang bei den Auslandbanken ist zum einen auf die Veränderung der Rahmenbedingungen nach der Finanzkrise zurückzuführen, in deren Nachgang zahlreiche Niederlassungen in der Schweiz geschlossen worden sind. Zum anderen haben einige Banken in den vergangenen Jahren im Rahmen von Umstrukturierungen ihre internationalen Aktivitäten auf ausgewählte Geschäftsbereiche reduziert, was teilweise zu einer Verlagerung innerhalb des Konzerns oder zum Verkauf von Geschäftsbereichen führte.

Jahresgewinn und Steuern

Aufgrund des leichten Anstiegs des aggregierten Geschäftserfolgs und eines stabilen Geschäftsaufwands nahm der Bruttogewinn 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Prozent zu. Nach Wertberichtigungen und Steuern resultierte für die Banken in der Schweiz ein Jahresgewinn von rund CHF 7,8 Mrd.

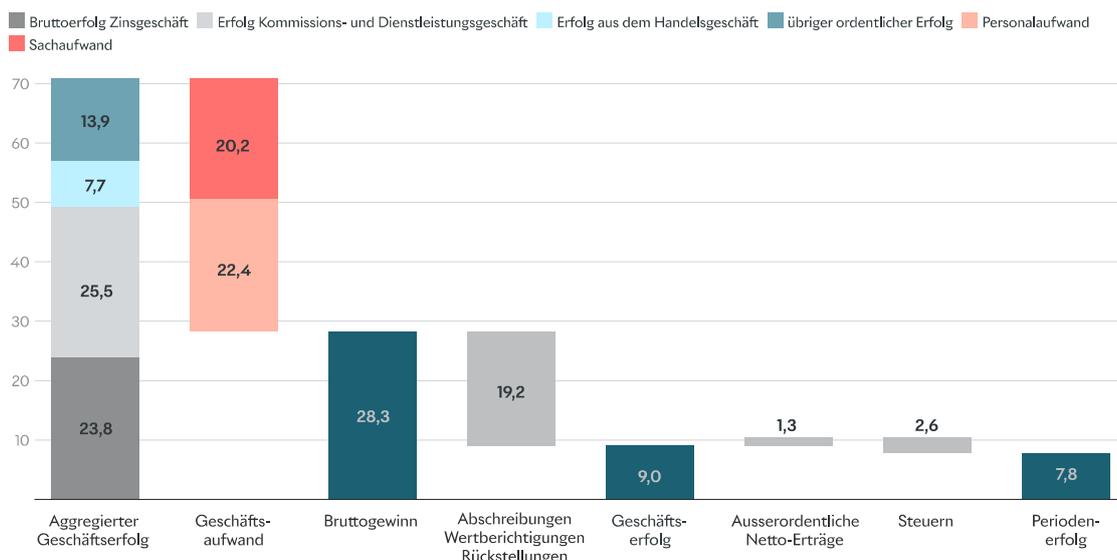
Der Geschäftsaufwand, der sich aus dem Personalaufwand und dem Sachaufwand zusammensetzt, blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil (+0,3%), während der aggregierte Geschäftserfolg leicht zunahm (+1,4%). Der Bruttogewinn lag entsprechend über dem Vorjahreswert (+CHF 0,8 Mrd.). Nach Abzug von Abschreibungen, Wertberichtigungen sowie Rückstellungen vom Bruttogewinn verbleibt den Schweizer Banken ein Geschäftserfolg von CHF 9 Mrd. (-37,8%). Dieser deutlich tiefere Geschäftserfolg wurde hauptsächlich durch die starke Zunahme der Abschreibungen und Rückstellungen bei den Grossbanken im Zusammenhang mit dem US-Hedgefonds Archegos Capital Management und dem Finanzdienstleister Greensill

Capital getrieben. Der resultierende Jahresgewinn (Periodenerfolg) von CHF 7,8 Mrd. ist im Vergleich zum Vorjahr (CHF 13,7 Mrd.) tiefer. Die Banken entrichteten 2021 mit CHF 2,6 Mrd. deutlich mehr Steuern als noch im Vorjahr (2020: CHF 1,9 Mrd.)

Abbildung 11

Herleitung Periodenerfolg der Banken in der Schweiz per Ende 2021

In CHF Mrd.



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

2.2 Grosse Unsicherheiten prägen das erste Halbjahr 2022

Nachdem das Jahr 2021 im Zeichen einer markanten Erholung stand, ist die wirtschaftliche Entwicklung 2022 von grosser Unsicherheit geprägt. Das SECO prognostiziert für das Jahr 2022 ein BIP-Wachstum von 2,6 Prozent. Die SNB erhöhte im Juni 2022 das erste Mal seit fünfzehn Jahren den Leitzins.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist 2022 von grosser Unsicherheit geprägt: Der anhaltende Krieg in der Ukraine, die Auswirkungen internationaler Sanktionen gegenüber Russland, die COVID-19-bedingten Lockdowns in China, die Gefahr einer erneuten Pandemiewelle sowie insbesondere eine mögliche Energieknappheit drohen, die wirtschaftliche Erholung zu beeinträchtigen. Ein zusätzliches Risiko stellen zudem die anhaltend hohen Inflationsraten im Euroraum und in den USA dar. In der Schweiz wurde im Februar 2022 erstmals seit 2008 das Inflationsziel der SNB von 2 Prozent überschritten, im Juni 2022 lag die Inflation bei 3,4 Prozent.²³ Durch den Inflationsdruck sah sich die SNB gezwungen, im Juni 2022 eine erste Leitzinserhöhung um einen halben Prozentpunkt auf –0,25 Prozent vorzunehmen.²⁴ Bis Ende Juni

²³ BFS (2022). Landesindex der Konsumentenpreise.

²⁴ SNB (2022). Geldpolitische Lagebeurteilung vom 16. Juni 2022.

2022 nahm die SNB insgesamt CHF 540 Mio. an Negativzinsen ein.²⁵ Zudem stiegen in der ersten Jahreshälfte gemäss SNB die Hypothekarkredite und Wohnliegenschaftspreise weiter stark an.²⁶

Die Fed hob die Zinsspanne im ersten Halbjahr 2022 in vier Schritten auf 2,25 bis 2,5 Prozentpunkte an und begann im Juni damit, das Anleiheportfolio zu reduzieren. Sie reagierte damit auf die hohen Inflationsraten, welche gemäss der Fed auf gestiegene Energiepreise, ein COVID-19-bedingtes Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage sowie auf einen allgemeinen Preisdruck zurückzuführen sind.²⁷ Zurückhaltender reagierte die EZB. Sie beschloss im Juli 2022, ihren Leitzins um 0,5 Prozentpunkte zu erhöhen und ab Juli im Rahmen ihres Asset Purchase Programme (APP) sowie dem Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) keinen Nettoerwerb von Vermögenswerten mehr zu tätigen.²⁸ Gleichzeitig hat sie aber das Transmission Protection Instrument (TPI) eingeführt, welches keine Volumina-Beschränkungen kennt.²⁹ Auch bedingt durch die unterschiedliche Geldpolitik schwächte sich der Euro gegenüber dem Franken im ersten Halbjahr 2022 stetig ab und erreichte am 4. März 2022 die Parität. Im Juli 2022 kostete 1 Euro

weniger als 1 Schweizer Franken. Der Dollar gewann relativ zum Schweizer Franken demgegenüber seit Mai 2022 an Wert.

Die genannten Entwicklungen dämpfen die Erwartung an die Konjunkturlagen: Der internationale Währungsfonds rechnet mit einem Wachstum der Weltwirtschaft um 3,2 Prozent. Das SECO erwartet für die Schweiz 2022 ein Wachstum des BIP um 2,6 Prozent.

Im ersten Halbjahr 2022 fanden wichtige politische Abstimmungen und Entscheide in der Schweiz statt. So wurde die Änderung der Stempelabgaben vom Volk abgelehnt. Die vorgesehene Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital hatte zum Ziel, Innovationsanreize zu schaffen und so Arbeitsplätze zu sichern. Dadurch wäre die Unternehmenslandschaft und insbesondere das KMU- und Start-up-Segment der Schweiz gestärkt worden. Weiter bekräftigte der Bundesrat im Februar 2022 an seiner europapolitischen Klausur die Fortführung des bilateralen Weges mit der EU und legte die Stossrichtung für ein Verhandlungspaket fest, nachdem er im Mai 2021 beschlossen hatte, das Institutionelle Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU nicht zu unterzeichnen. Das Festhalten des Bundesrates am bilateralen Weg und eine Intensivierung der Gespräche mit der EU ist zu begrüssen. Das grenzüberschreitende Vermögensverwaltungsgeschäft mit Privatkundinnen und -kunden aus der EU ist ein wichtiger Schweizer Exportsektor, der auf praktikable und nachhaltige Marktzugangslösungen angewiesen ist. Die Schweiz hat die Sanktionen der EU gegenüber Russland übernommen. Eine wichtige Rolle kommt dabei den Schweizer Banken zu. Bis Juli 2022 wurden in der Schweiz CHF 6,7 Mrd. an finanziellen Vermögenswerten gesperrt.³⁰

Auf die positive Entwicklung an der Börse im Jahr 2021 folgte im ersten Halbjahr 2022 aufgrund der vorherrschenden geopolitischen Unsicherheiten sowie der restriktiven Geldpolitik eine deutliche Kurskorrektur. Der Swiss Market Index (SMI) nahm zwischen Januar und Juni 2022 um bis zu 20 Prozent ab und erreichte einen zwischenzeitlichen Tiefststand von 10'349 Punkten. Der Index befand sich Ende

²⁵ SNB (2022). Zwischenbericht der SNB per 30. Juni 2022.

²⁶ SNB (2022). Geldpolitische Lagebeurteilung vom 16. Juni 2022.

²⁷ Fed (2022). FOCM statement and implementation note vom 4. Mai 2022, 15. Juni 2022 und 27. Juli 2022.

²⁸ EZB (2022). Geldpolitische Beschlüsse vom 9. Juni und 21. Juli 2022.

²⁹ EZB (2022). The Transmission Protection Instrument.

³⁰ https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/exportkontrollen-und-sanktionen/sanktionen-embargos/sanktionsmassnahmen/faq_russland_ukraine.html, zuletzt abgerufen am 3. August 2022.

Juni knapp 1'300 Indexpunkte unter dem Vorjahreswert. Aufgrund der anhaltenden Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den abnehmenden Aufholeffekten im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie ist zu erwarten, dass die Börsen auch im zweiten Halbjahr 2022 unter Druck stehen werden, was sich negativ auf das Handels- und Kommissionsgeschäft der Banken auswirken dürfte.

Im ersten Semester 2022 nahmen die Firmenkurse gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent zu, gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2018 und 2019 beträgt die Zunahme aber lediglich 10 Prozent. 2021 war die Konkursrate im Zuge der COVID-19-bedingten Unterstützungsmassnahmen ausserordentlich tief. Die Konkurswelle betrifft insbesondere die Pharmabranche und Dienstleistungsunternehmen, wobei bei letzteren auch die vielen Neugründungen eine Rolle spielen dürften. Viele Unternehmen bekunden insbesondere in den ersten Betriebsjahren Schwierigkeiten. Die Konkursraten in der Gastronomie und Bauindustrie blieben hingegen weitgehend stabil.³¹ Von den durch die Schweizer Banken gewährten COVID-19-Krediten in Höhe von rund CHF 17 Mrd. wurden bislang rund CHF 6 Mrd. vollständig zurückgezahlt, davon CHF 822 Mio. im ersten Halbjahr 2022.³²

Aufgrund ihrer starken Kapitalisierung und Fortschritten beim Risikomanagement sind die Banken gut vorbereitet, um allfälligen Kreditausfällen vorzubeugen und diese gegebenenfalls zu absorbieren. Gleichwohl ist aufgrund der eingetrübten Konjunkturprognosen sowie der Entwicklung an der Börse für 2022 und 2023 insgesamt ein Rückgang des Geschäftserfolges gegenüber dem Vorjahr zu erwarten.

3. Bilanzgeschäft

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2021 um 3,5 Prozent. Die SNB hat ihre Währungsinterventionen gegenüber 2020 deutlich reduziert, was sich auch in den Aktiven der Geschäftsbanken niederschlägt: Während 2020 die Giroguthaben der Banken bei der SNB noch um rund 24 Prozent zunahmen, waren es im Jahr 2021 lediglich 4,4 Prozent.

Die Bilanzsumme der Banken in der Schweiz stieg auch im Jahr 2021. Der Anstieg betrug 3,5 Prozent von CHF 3'467,2 Mrd. auf CHF 3'587,8 Mrd. Auf der Aktivseite nahmen die Hypothekarforderungen weiterhin die mit Abstand grösste Position ein, während die flüssigen Mittel 2021 einen substanziellen Zuwachs von 11,1 Prozent erfuhr. Auf der Passivseite kam es trotz verstärkter Weitergabe der Negativzinsen 2021 zu einer Zunahme der Sichteinlagen (+10,3%) und der Termineinlagen (+9%). Nachdem die Termineinlagen im Vorjahr stark rückläufig waren, reflektieren diese Zunahmen einerseits die während der Pandemie erhöhte Sparquote³³ und sind andererseits ein Indiz für die relativ rasche Erholung von der COVID-19-Pandemie. Das inländische Kreditvolumen ist erneut leicht angestiegen (+2,8%). Dafür verantwortlich sind die Hypothekarforderungen, welche mit einer Zunahme von 3,4 Prozent auf einen erneuten Höchstwert von CHF 1'111,6 Mrd. gestiegen sind. Die restlichen Kredite, die sich aus ungedeckten und gedeckten

³¹ Creditreform (2022). Firmen- und Privatkonkurse 2022.

³² <https://covid19.easygov.swiss/#anchor-14>, zuletzt abgerufen am 25. Juli 2022.

³³ SNB (2022). Finanzierungsrechnung der Schweiz. Vermögen der privaten Haushalte 2021.

Forderungen zusammensetzen, verzeichneten einen leichten Rückgang um 0,7 Prozent. Analog zum Vorjahr hatten die Kantonalbanken (37,8%), gefolgt von den Grossbanken (26,9%), weiterhin den grössten Marktanteil am inländischen Hypothekarmarkt.

3.1 Entwicklungen 2021

Entwicklung der Bilanzen nach Bankengruppen

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz nahm im Jahr 2021 um 3,5 Prozent zu. Die Kantonalbanken, Raiffeisenbanken und Auslandsbanken legten gegenüber dem Vorjahr in absoluten Zahlen am stärksten zu: Zusammen waren sie knapp für zwei Drittel des gesamten Wachstums verantwortlich. Den grössten Anteil an der aggregierten Bilanzsumme hielten mit 44 Prozent die Grossbanken.

Abbildung 12

Bilanzsumme nach Bankengruppen

In CHF Mrd.

Bankengruppe	2020	2021	Veränderung	Anteil
Kantonalbanken	697,1	725,6	4,1%	20,2%
Grossbanken	1'566,6	1'578,1	0,7%	44,0%
Regionalbanken und Sparkassen	111,4	118,0	5,9%	3,3%
Raiffeisenbanken	259,7	284,5	9,6%	7,9%
Auslandsbanken	346,5	370,6	7,0%	10,3%
Privatbankiers	6,8	7,3	7,2%	0,2%
Börsenbanken	256,9	269,7	5,0%	7,5%
Andere Banken	222,3	234,1	5,3%	6,5%
Total	3'467,2	3'587,8	3,5%	100,0%

Tabelle: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Aktiven

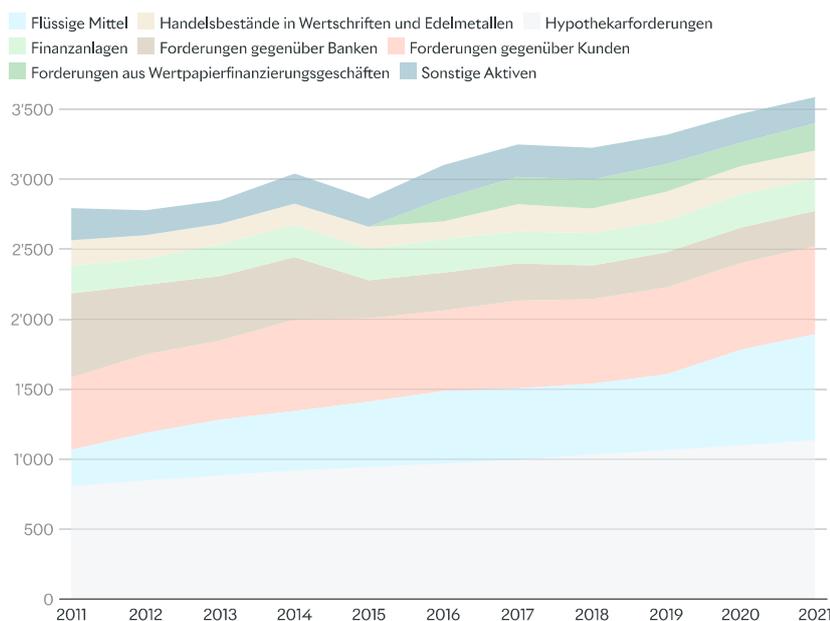
Mit einem Anteil von 31,6 Prozent bleiben die Hypothekarforderungen die grösste Aktivposition. Die flüssigen Mittel waren mit einem Anstieg um CHF 76 Mrd. auch 2021 massgeblich an der Zunahme der Aktiven beteiligt. Die grösste relative Zunahme erfolgt bei den Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (+16,3%).

Die in- und ausländischen Hypothekarforderungen erhöhten sich 2021 gegenüber dem Vorjahr um CHF 36,9 Mrd. von CHF 1'098 Mrd. auf CHF 1'134,9 Mrd. Damit blieben die Hypothekarforderungen auch 2021 mit einem Anteil von rund 31,6 Prozent der bedeutendste Aktivposten der Banken in der Schweiz. Die flüssigen Mittel verzeichneten 2021 einen Anstieg um 11,1 Prozent (+ CHF 76 Mrd.) und bildeten den zweitwichtigsten Aktivposten. Die Giroguthaben der Banken bei der SNB nahmen im Jahr 2021 um 4,4 Prozent zu. Damit befindet sich die Zunahme auf einem ähnlichen Niveau wie in den Vorjahren. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2020, in dem sich die Giroguthaben der Banken bei der SNB aufgrund der Erhöhung des Freibetragsfaktors markant erhöht haben. Dies zeugt ebenfalls von einer raschen wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Pandemie und erklärt teilweise die etwas schwächere Zunahme der flüssigen Mittel im Vergleich zum Vorjahr. Die Raiffeisenbanken hoben sich 2021 mit einer deutlichen Zunahme der Giroguthaben von starken 59,1 Prozent von den restlichen Bankengruppen ab. Diese Entwicklung deckt sich mit der Zunahme der flüssigen Mittel um 56,2 Prozent, die massgeblich auf die hohen Zuflüsse im Kundeneinlagengeschäft der Raiffeisenbanken zurückzuführen ist³⁴.

Abbildung 13

Zusammensetzung der Aktiven

In CHF Mrd.



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

³⁴ <https://report.raiffeisen.ch/2021/de/ergebnis-gb/>

Abbildung 14

Entwicklung der Aktivpositionen

In CHF Mrd.

Position	2020	2021	Veränderung	Anteil
Flüssige Mittel	684,6	760,6	11,1%	21,2%
Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen	202,9	199,5	-1,7%	5,6%
Hypothekarforderungen	1'098,0	1'134,9	3,4%	31,6%
Finanzanlagen	238,2	232,6	-2,4%	6,5%
Forderungen gegenüber Banken	253,3	252,1	-0,5%	7,0%
Forderungen gegenüber Kunden	617,6	626,5	1,4%	17,5%
Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften	166,8	194,0	16,3%	5,4%
Sonstige Aktiven	205,9	187,6	-8,9%	5,2%
Bilanzsumme	3'467,2	3'587,8	3,5%	100,0%

Tabelle: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Die Forderungen gegenüber Kunden stiegen 2021 um CHF 8,9 Mrd. (+1,4%). Mit einem Anteil von 17,5 Prozent an den gesamten Aktiven stellten die Forderungen gegenüber Kunden den drittgrössten Posten dar. Die Forderungen gegenüber anderen Banken sanken 2021 leicht um CHF 1,2 Mrd. (-0,5%) auf CHF 252,1 Mrd. Der leichte Rückgang resultiert aus einer rückläufigen Entwicklung der Forderungen gegenüber Banken im Ausland (-2,4%) und einer Zunahme der Forderungen gegenüber Banken im Inland von CHF 2,8 Mrd. (+3,2%). Die Abnahme der Aktivposition «Finanzanlagen» um CHF 5,6 Mrd. teilt sich gleichmässig auf inländische (-CHF 3 Mrd.) und ausländische (-CHF 2,5 Mrd.) Finanzanlagen auf. Bei den Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften ist die grösste relative Zunahme zu beobachten (+16,3%).

Der starke Anstieg wird vor allem durch das Inland getrieben: Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften aus dem Inland nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 84,7 Prozent auf CHF 38,5 Mrd. zu.

Grundlegende Veränderungen bei der Zusammensetzung der Aktiven seit 2011

Die Zusammensetzung der Aktiven veränderte sich über die vergangenen zehn Jahre markant. Die flüssigen Mittel verzeichneten zwischen 2011 und 2021 eine enorme Zunahme. Während deren Bestand 2011 bei CHF 259 Mrd. lag, umfasste er per Ende 2021 trotz Negativzinsen insgesamt CHF 760,6 Mrd. Zur starken Zunahme trugen mehrere Faktoren bei: Zum einen waren die Interventionen der SNB zur Bekämpfung der Frankenstärke ausschlaggebend, da der Kauf von ausländischen Devisen durch die SNB

im Gegenzug zu einer Erhöhung bei den Frankengirokonten der Gegenparteien führt. Zum anderen waren durch die niedrigen Zinsen die Opportunitätskosten der Liquiditätshaltung gering, weshalb die Banken viel Liquidität auf den Girokonten bei der SNB deponierten. Gegenüber dem Vorjahr haben die Banken ihre Giroguthaben bei der SNB erneut um 4,4 Prozent auf CHF 623,5 Mrd. im Jahr 2021 ausgedehnt.

Kontinuierlich nahmen zwischen 2011 und 2021 auch die in- und ausländischen Hypothekarforderungen (von CHF 809,4 Mrd. auf CHF 1'134,9 Mrd.) zu. Ihr Anteil an den gesamten Aktiven erhöhte sich von 29 Prozent (per Ende 2011) auf 31,6 Prozent per Ende 2021 leicht. Grund dafür sind ebenfalls die anhaltend niedrigen Zinsen sowie die damit verbundene hohe Nachfrage nach Immobilien. In den vergangenen beiden Jahren wurde die Nachfrage nach Eigenheimen durch die Pandemie und insbesondere den Lock-down zusätzlich befeuert.

Die Forderungen gegenüber Banken machten 2011 gemessen an den Gesamtaktiven 21,5 Prozent aus. 2021 lag der Anteil nur noch bei 7 Prozent. Diese Reduktion ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Banken diese Bilanzposition bewusst abbauten, um die Verflechtungen mit anderen Instituten zu reduzieren. Zudem ist diese Entwicklung auch mit der durch die Regulierung geforderten höheren Eigenkapitalquote verbunden.

Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts

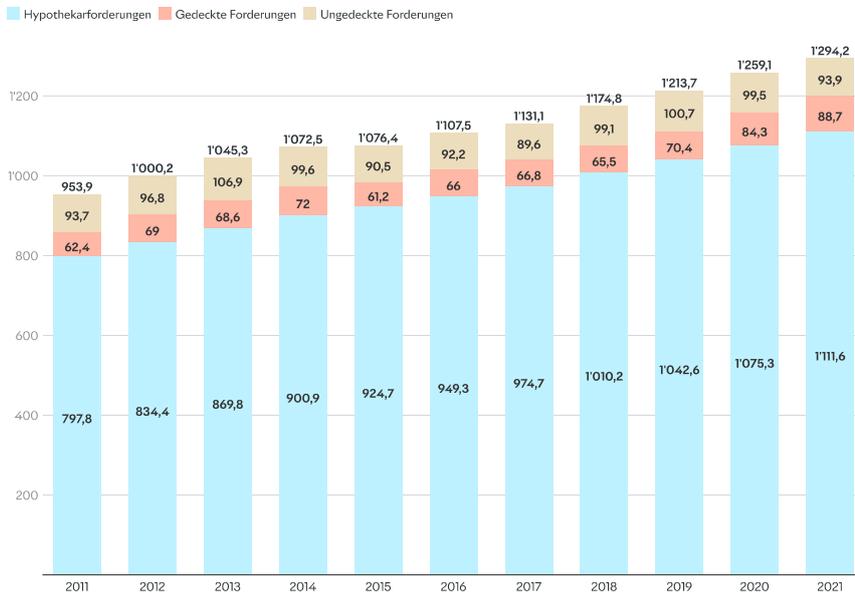
Das inländische Kreditvolumen konnte 2021 um rund 2,8 Prozent zulegen. Mit 85,9 Prozent sind die Hypothekarforderungen, die vor allem auf die privaten Haushalte entfallen, die massgebende Position im schweizerischen Kreditgeschäft.

Das ausstehende inländische Kreditvolumen betrug im Jahr 2021 CHF 1'294,2 Mrd. Davon stammten CHF 182,6 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen gegenüber Kunden (Unternehmen, öffentliche Körperschaften und Konsumkredite) und CHF 1'111,6 Mrd. aus Hypothekarforderungen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das gesamte inländische Kreditvolumen im Jahr 2021 um 2,8 Prozent zu. Das Wachstum ist somit vergleichbar mit der Entwicklung der Vorjahre. Insgesamt haben die Hypothekarforderungen seit 2011 um CHF 313,8 Mrd. zugelegt und der Anteil am inländischen Kreditvolumen ist von 83,6 Prozent auf 85,9 Prozent angewachsen. Während die gedeckten Forderungen um CHF 4,4 Mrd. zulegen konnten, kam es bei den ungedeckten Forderungen 2021 zu einem Rückgang von CHF 5,6 Mrd.

Abbildung 15

Entwicklung des inländischen Kreditvolumens

in CHF Mrd.

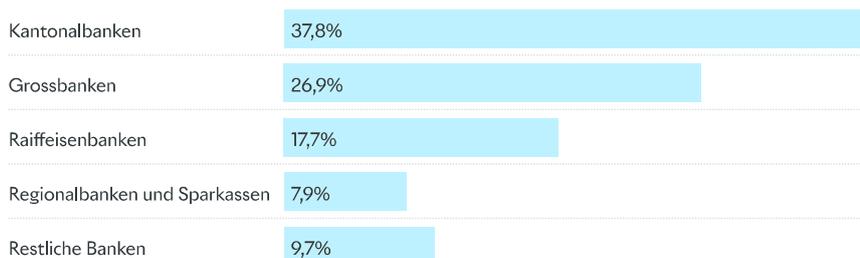


Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Die gesamthaft ausstehenden Hypothekarkredite erhöhten sich im Jahr 2021 um 3,4 Prozent auf CHF 1'134,9 Mrd. Die grosse Mehrheit davon (CHF 1'111,6 Mrd.) stammte von inländischen Kundinnen und Kunden. Der Anteil der festverzinsten Hypothekarkredite lag 2021 bei 81,7 Prozent. Der durchschnittliche Zinssatz der ausstehenden inländischen Hypothekarforderungen sank im Jahr 2021 von 1,28 auf 1,21 Prozent. Im historischen Verlauf haben Hypothekarforderungen mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Bedeutung gewonnen. Lag deren Anteil im Jahr 2011 noch bei 16,6 Prozent, belief sich dieser im Jahr 2021 auf 28,6 Prozent. Gemessen am Volumen, wurden Ende 2021 zwei Drittel aller neuabgeschlossenen Hypotheken durch private Haushalte getätigt.

Abbildung 16

Marktanteile am inländischen Hypothekarkreditmarkt bei Banken 2021



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

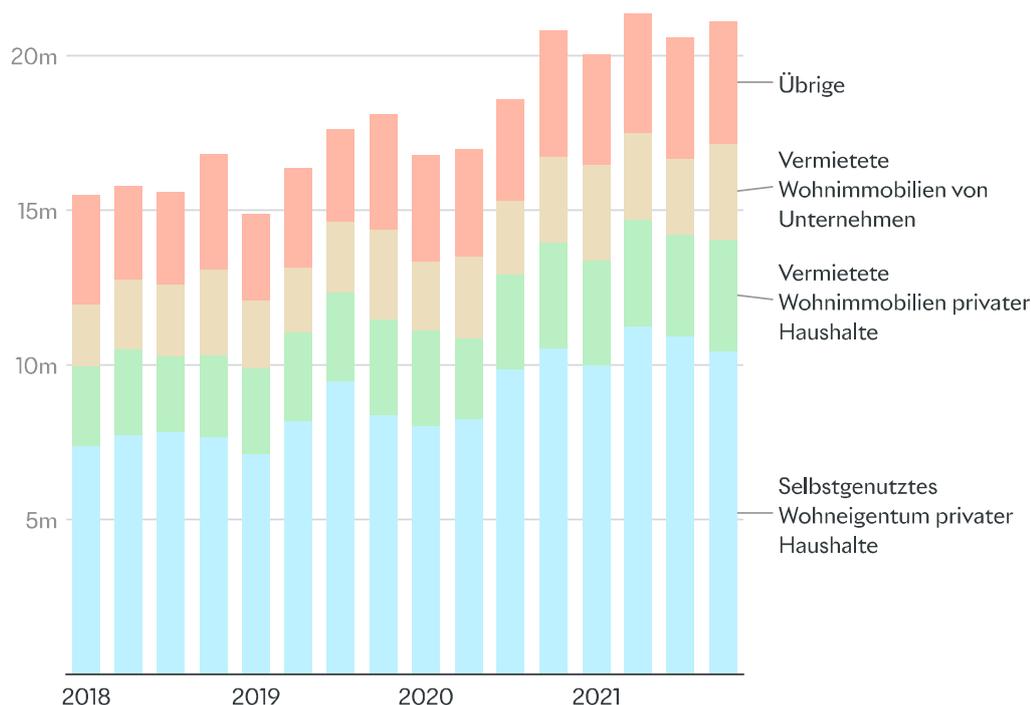
Der Marktanteil der Kantonalbanken am inländischen Hypothekarkreditvolumen betrug Ende 2021 insgesamt 37,8 Prozent und bleibt somit auf dem Vorjahresniveau. Dahinter folgten die Grossbanken mit 26,9 Prozent. Über die vergangenen Jahre haben im inländischen Hypothekarkreditmarkt vor allem die Kantonalbanken und Raiffeisenbanken Marktanteile gewonnen, während die Grossbanken sowie die Regionalbanken und Sparkassen Anteile verloren haben.

Aufgegliedert nach Belehnungsgruppen betrug der Anteil der inländischen Hypothekarforderungen im ersten Rang im Jahr 2021 insgesamt 93 Prozent. Die Belehnungsgruppe «erster Rang» umfasst Hypothekarforderungen bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes der jeweiligen Immobilie. Zwischen den verschiedenen Bankengruppen konnten dabei keine relevanten Unterschiede festgestellt werden. Der hohe Anteil des Hypothekarkreditvolumens im ersten Rang dürfte auf eine weiterhin vorsichtige Vergabe im Bereich der Hypothekarkredite hindeuten. Die SBVg hat 2019 ihre Richtlinien betreffend Mindestanforderungen bei Hypothekarfinanzierungen überarbeitet und die Bestimmungen für Renditeobjekte verschärft.³⁵

Abbildung 17

Neuabschlüsse von Hypothekarkrediten

In CHF Mrd. pro Quartal, Limiten



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

³⁵ https://www.swissbanking.ch/_Resources/Persistent/0/e/3/f/Oe3fe72b0bdc557fef84893287ece62b37172e4c/SBVg_Richtlinien_betreffend_Mindestanforderungen_bei_Hypothekarfinanzierungen_DE.pdf

Passiven

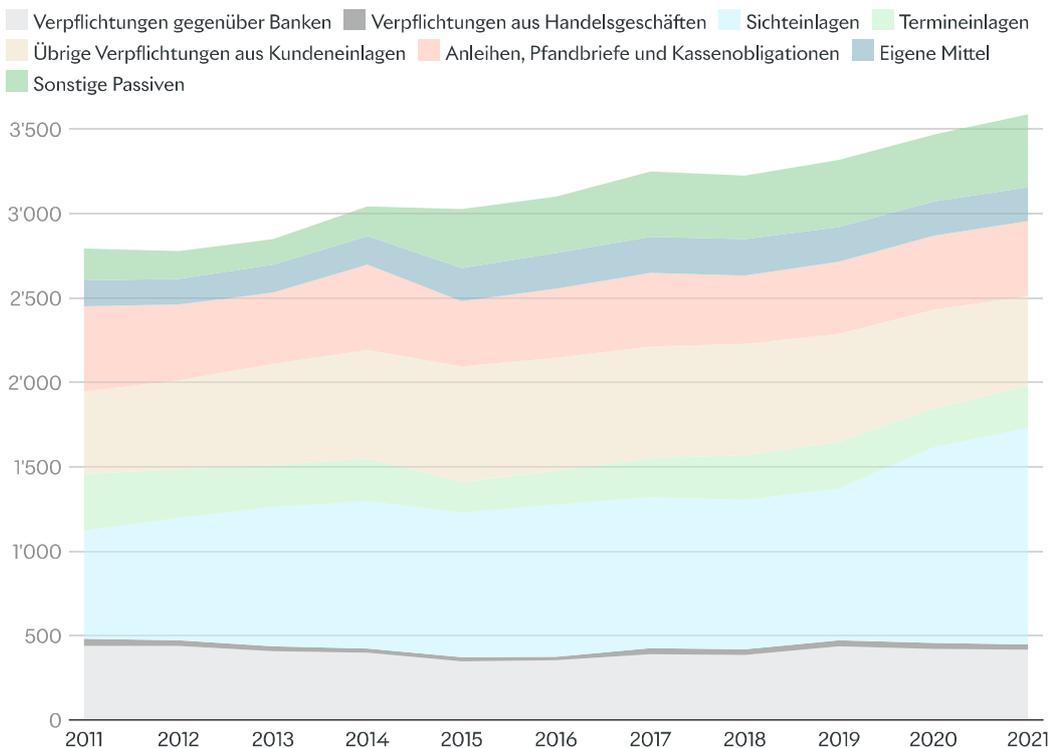
Über die Hälfte der Passiven bestand 2021 aus Verpflichtungen aus Kundeneinlagen. Dabei kam es gegenüber dem Vorjahr zu einem Anstieg der Sicht- und Termineinlagen, während die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen und Verpflichtungen aus Handelsgeschäften abnahmen.

Die Bilanzposition «Verpflichtung aus Kundeneinlagen», welche die Summe aus den Positionen «Sichteinlagen», «Termineinlagen» und «Übrige Verpflichtungen aus Kundeneinlagen» bildet, verzeichnete 2021 einen Anstieg um CHF 90,5 Mrd. (+4,6%). Die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen umfassten per Ende 2021 insgesamt 57,5 Prozent der Bilanzsumme. Das Wachstum ist auf eine Zunahme der Sicht- und Termineinlagen (jeweils rund 10%) zurückzuführen. Nachdem die Termineinlagen im Vorjahr stark rückläufig waren, näherten sie sich dem Niveau aus dem Jahr 2019 an. Die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen nahmen gegenüber dem Vorjahr um 8,5 Prozent ab.

Abbildung 18

Zusammensetzung der Passiven

In CHF Mrd.



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Abbildung 19

Entwicklung der Passivpositionen

In CHF Mrd.

Position	2020	2021	Veränderung	Anteil
Verpflichtungen gegenüber Banken	420,9	415,6	-1,3%	11,6%
Verpflichtungen aus Handelsgeschäften	34,3	32,0	-6,7%	0,9%
Sichteinlagen	1'161,7	1'281,0	10,3%	35,7%
Termineinlagen	230,4	251,1	9,0%	7,0%
Übrige Verpflichtungen aus Kundeneinlagen	582,1	532,6	-8,5%	14,8%
Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen	439,2	442,7	0,8%	12,3%
Eigene Mittel	203,2	200,7	-1,2%	5,6%
Sonstige Passiven	395,4	432,1	9,3%	12,0%
Total Passiven	3'467,2	3'587,8	3,5%	100,0%

Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Die Verpflichtungen gegenüber Banken nahmen im Jahr 2021 um CHF 5,3 Mrd. ab, was hauptsächlich auf die Abnahme der Verpflichtung gegenüber Banken im Inland (-CHF 6,2 Mrd.) zurückzuführen ist. Die Verpflichtung gegenüber Banken im Ausland nahmen um rund CHF 1 Mrd. zu. Die Verpflichtungen aus dem Handelsgeschäft sanken um CHF 2,3 Mrd. auf CHF 32 Mrd. Die Abnahme geht hauptsächlich auf die Bankengruppe «Grossbanken» zurück, deren Verpflichtungen gegenüber dem Ausland gesunken sind (-CHF 2,9 Mrd.). Die Bilanzposition «Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen» stieg um CHF 3,5 Mrd. Die Zunahme ist massgeblich vom Zuwachs bei den «Anleihen und Pfandbriefdarlehen» im Inland (+CHF 14,2 Mrd.) geprägt. Im Ausland war diese Position mit einer Abnahme von CHF 9,7 Mrd. rückläufig. Für den Zuwachs sind vor allem die Kantonal- und Raiffeisenbanken verantwortlich. Die Abnahme ist durch die Grossbanken geprägt (-CHF 9,6 Mrd.). Die Passivposition «Anleihen- und Pfandbriefdarlehen im Ausland» weisen einzig die Kantonal- und Grossbanken auf.

Zusammensetzung der Passiven über die Zeit

Der Anteil der Verpflichtungen gegenüber Banken ging von 15,7 Prozent im Jahr 2011 auf 11,6 Prozent im Jahr 2021 zurück. Dies zeigt, wie schon bei den Aktiven, dass die Bankenverflechtungen – insbesondere gegenüber Banken im Inland – über die Zeit abgenommen haben. Im gleichen Zeitraum stiegen die Sichteinlagen von CHF 640,1 Mrd. auf CHF 1'281 Mrd. an und stellten per Ende 2021 mit Abstand die grösste

Passivposition dar (35,7%). Gleichzeitig sank der Anteil der Termineinlagen von 12 Prozent im Jahr 2011 auf 7 Prozent im Jahr 2021. Im Niedrigzinsumfeld verlieren Termineinlagen gegenüber Sichteinlagen an Attraktivität, sodass die Termineinlagen zu Sichteinlagen umgeschichtet werden.

3.2 Die Bilanzsumme stieg im ersten Halbjahr 2022

Die aggregierte Bilanzsumme verzeichnete in den ersten Monaten des laufenden Jahres ein Wachstum (+1,3%). Bei den Aktiven nahmen vor allem die Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften und die sonstigen Aktiven zu, bei den Passiven die Verpflichtungen gegenüber Banken sowie die Verpflichtungen aus Handelsgeschäften.

Die aggregierte Bilanzsumme der Banken in der Schweiz stieg in den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 um 1,3 Prozent auf CHF 3'828,4 Mrd. 2021 war der Anstieg der Bilanzsumme auf der Aktivseite durch die starke Zunahme der flüssigen Mittel sowie der Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften geprägt, während die sonstigen Aktiven einen starken Rückgang verzeichneten. In den ersten Monaten 2022 nahmen erneut die Bilanzposition Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (+CHF 23,8 Mrd. bzw. 12,6%) sowie die sonstigen Aktiven (+CHF 21,5 Mrd. bzw. 9,2%) und die Finanzanlagen (+CHF 14,9 Mrd. bzw. 6,1%) stark zu. Deutlich abgenommen haben demgegenüber die Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen (–CHF 16,4 Mrd. bzw. 8,2%). Diese Entwicklungen dürften durch den Einbruch an den Börsen sowie der seit Ende 2021 steigenden Volatilität der Märkte getrieben sein. Die flüssigen Mittel blieben zwischen Januar und Mai 2022 stabil (+CHF 0,8 Mrd. bzw. 0,1%). Die Hypothekarforderungen scheinen 2022 im gleichen Ausmass zuzunehmen wie im Vorjahr, die Nachfrage nach Immobilien bleibt weiterhin hoch. Mit der Zinswende verbesserte sich die Bruttozinsmarge im Neugeschäft.

Auf der Passivseite der Bilanz wurde die Zunahme vor allem durch einen Anstieg der Verpflichtungen gegenüber Banken um CHF 14,6 Mrd. (+2,9%) getrieben. Ausserdem haben die Verpflichtungen aus Handelsgeschäften um CHF 1,8 Mrd. (+5,3%) zugenommen. Nachdem die Sicht- und Termineinlagen im Jahr 2021 jeweils zulegten, konnten im ersten Halbjahr 2022 vor allem die Termineinlagen ein Wachstum verzeichnen. Die Sichteinlagen nahmen um 1,4 Prozent (–CHF 18,7 Mrd.) ab, die Termineinlagen um markante 10,9 Prozent (+CHF 29,4 Mrd.) zu. Termineinlagen konnten demnach wieder an Attraktivität gewinnen. Mit dem Zinsentscheid der SNB im Juni 2022 ist zudem zu erwarten, dass Termineinlagen weiter an Bedeutung gewinnen und es zu einer Umschichtung von Sichteinlagen zu Termineinlagen kommt.

4. Vermögensverwaltung

Die Banken in der Schweiz verwalteten per Ende 2021 insgesamt Vermögen in der Höhe von CHF 8'830,3 Mrd. (+12,1%). Der starke Zuwachs gegenüber 2020 reflektiert die Erholung der Märkte von der COVID-19 Pandemie: Haupttreiber dieser Entwicklung ist die Zunahme der Wertschriftbestände um rund CHF 1'000 Mrd.

Die verwalteten Vermögen von Inlandkundinnen und -kunden konnten 2021 um CHF 414,5 Mrd. zulegen. Die verwalteten Vermögen ausländisch domizilierter Kundinnen und Kunden haben sogar um CHF 537,2

Mrd. zugenommen. Daraus resultierte ein starkes Wachstum der verwalteten Vermögen der Schweizer Banken um 12,1 Prozent. Haupttreiber dieser Entwicklung war eine markante Zunahme der Wertschriftenbestände um 14,3 Prozent. Da die Wertschriftenbestände rund 90 Prozent der gesamten verwalteten Vermögen abdecken, haben die rückläufigen Entwicklungen bei den Treuhandgeldern und den Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht keine Auswirkung auf das Gesamtergebnis. Die Verteilung der Depotbestände nach Währungen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der Schweizer Franken war mit einem Anteil von über 50 Prozent weiterhin die wichtigste Anlagewährung. Seit 2011 nahmen die verwalteten Vermögen insgesamt sukzessive zu.

4.1 Entwicklungen 2021

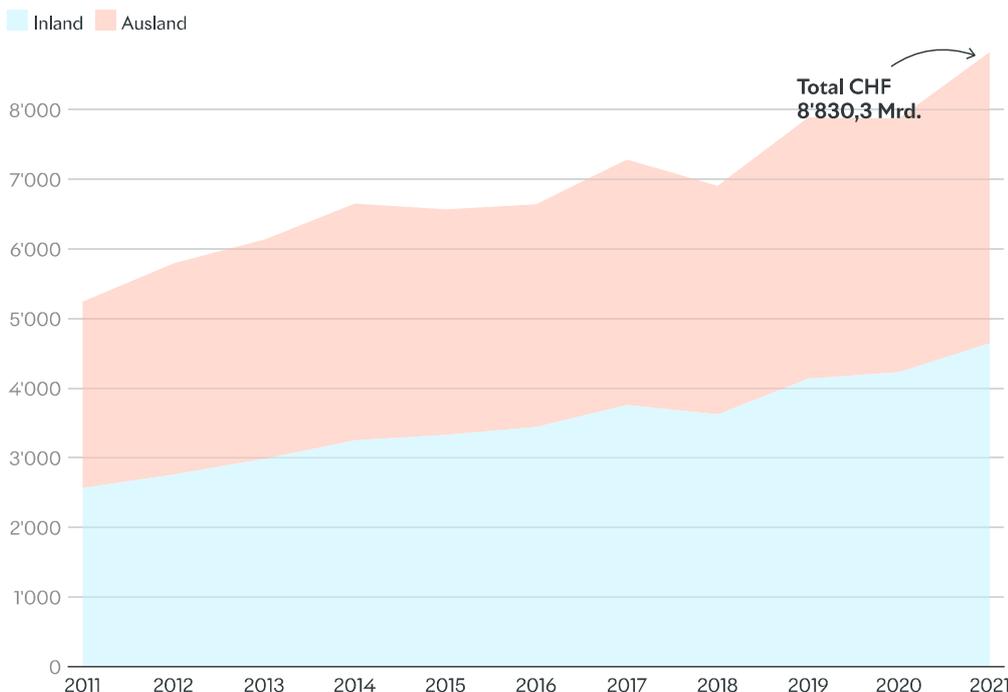
Verwaltete Vermögen im In- und Ausland

Das von den Banken in der Schweiz verwaltete Vermögen stieg 2021 markant auf CHF 8'830,3 Mrd. (+12,1%). Sowohl die Vermögen inländischer als auch ausländischer Kundinnen und Kunden nahmen zu. Haupttreiber war die starke Zunahme der Wertschriftenbestände in den Kundendepots der Banken.

Abbildung 20

In der Schweiz verwaltete Vermögen nach Domizil der Kundinnen und Kunden

In CHF Mrd.



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

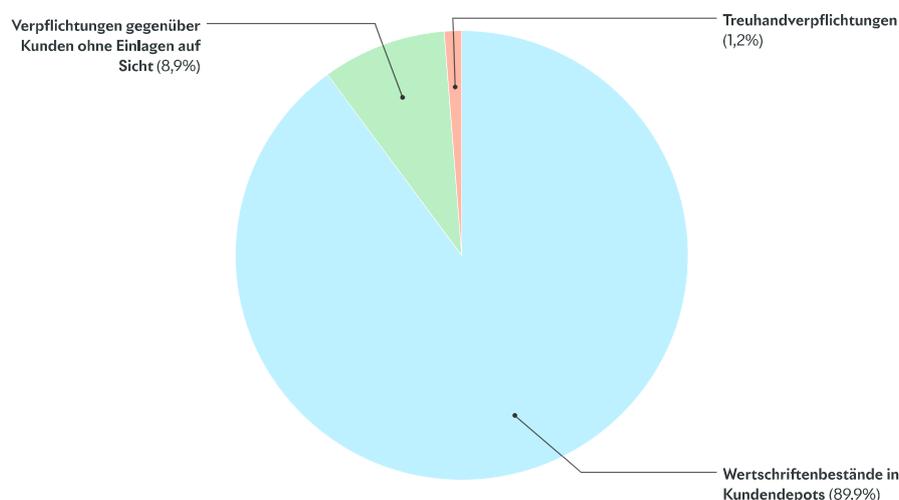
Das verwaltete Vermögen setzt sich aus den Wertschriftenbeständen in Kundendepots (CHF 7'937,8 Mrd.), Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht (CHF 783,7 Mrd.) sowie Treuhandverpflichtungen (CHF 108,8 Mrd.) zusammen. Die Wertschriftenbestände konnten gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 993,8 Mrd. zulegen. Haupttreiber war die sehr positive Marktentwicklung 2021. Rückläufig waren hingegen die Treuhandverpflichtungen (-10,8%) und die Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht (-3,6%). Da die Wertschriftenbestände den weitaus grössten Anteil der verwalteten Vermögen darstellen, überlagerte das starke Wachstum die negative Entwicklung der anderen Positionen.

Nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 verzeichnete das verwaltete Vermögen einen starken Rückgang. Insbesondere die Wertschriftenbestände in Kundendepots der Banken erlitten aufgrund der stark gesunkenen Börsenkurse grosse Verluste. Seit 2011 ist das verwaltete Vermögen wieder sukzessive von CHF 5'245 Mrd. auf CHF 8'830,3 Mrd. im Jahr 2021 angestiegen.

Der Vermögensanteil von ausländischen Kundinnen und Kunden nahm zwischen 2011 und 2021 von 51 Prozent auf 47,4 Prozent ab. Der Rückgang der Vermögensanteile der ausländischen Kundschaft ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Zum einen ist der Währungseffekt zu nennen. Ausländische Kundinnen und Kunden halten einen wesentlich höheren Anteil ihrer Vermögen in Euro und US-Dollar als inländische Kundinnen und Kunden. Die Vermögensanteile werden auf Basis von Schweizer Franken berechnet. Im Umfeld eines steigenden Schweizer Frankens sinkt das Vermögen der ausländischen Kundschaft in Relation zu den inländischen Kundinnen und Kunden. Zum anderen könnte der Übergang zu höheren Anforderungen an die steuerliche Compliance von Bankkundinnen und Bankkunden ein Grund sein. Ausländische Kundinnen und Kunden transferierten zumindest teilweise ihre Vermögen zur Regularisierung ihrer Steuersituation in ihre Heimatländer. Trotz des Rückgangs der Vermögensanteile sind die verwalteten Vermögen ausländischer Kundschaft im gleichen Zeitraum um CHF 537,2 Mrd. (+14,7%) angestiegen. Mögliche Gründe für diese jüngste Entwicklung könnten die angestiegenen Aktienkurse sowie die Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Schweizer Franken sein.

Abbildung 21

Zusammensetzung der verwalteten Vermögen per Ende 2021



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Die Schweiz blieb 2021 weltweit die Nummer 1 in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung von privaten Kundinnen und Kunden. Mit CHF 2'395,3 Mrd. liegen die Bestände 10,9 Prozent über dem Vorjahr.

Wertschriftenbestände

Die Wertschriftenbestände machen den Hauptteil der verwalteten Vermögen aus. Die Lockerungen der COVID-19-Massnahmen und die expansive Geldpolitik der Zentralbanken befeuerten 2021 in vielen Teilen der Welt die Börsenkurse. Dadurch resultierte eine starke Zunahme der Wertschriftenbestände um 14,3 Prozent.

Die Wertschriftenbestände in Kundendepots nahmen 2021 stark zu (+14,3%). Gründe für das gegenüber dem Vorjahr starke Wachstum waren die Entspannung der pandemischen Situation und deren Einfluss auf die Kursentwicklungen an der Börse sowie der weiterhin starke Schweizer Franken. Der SMI legte vom Jahresbeginn bis zum Jahresende deutlich um 2070 Punkte zu (+20,3%). Bereits im April 2021 konnte der Stand vor der COVID-19-Pandemie erreicht werden. Auch der MSCI World Index legte im Jahr 2021 um 22,4 Prozent zu. Im Jahresverlauf hat der Schweizer Franken gegenüber dem Euro um 3,6 Prozent zugelegt, während er gegenüber dem US-Dollar um ca. 3,5 Prozent an Wert verloren hat.

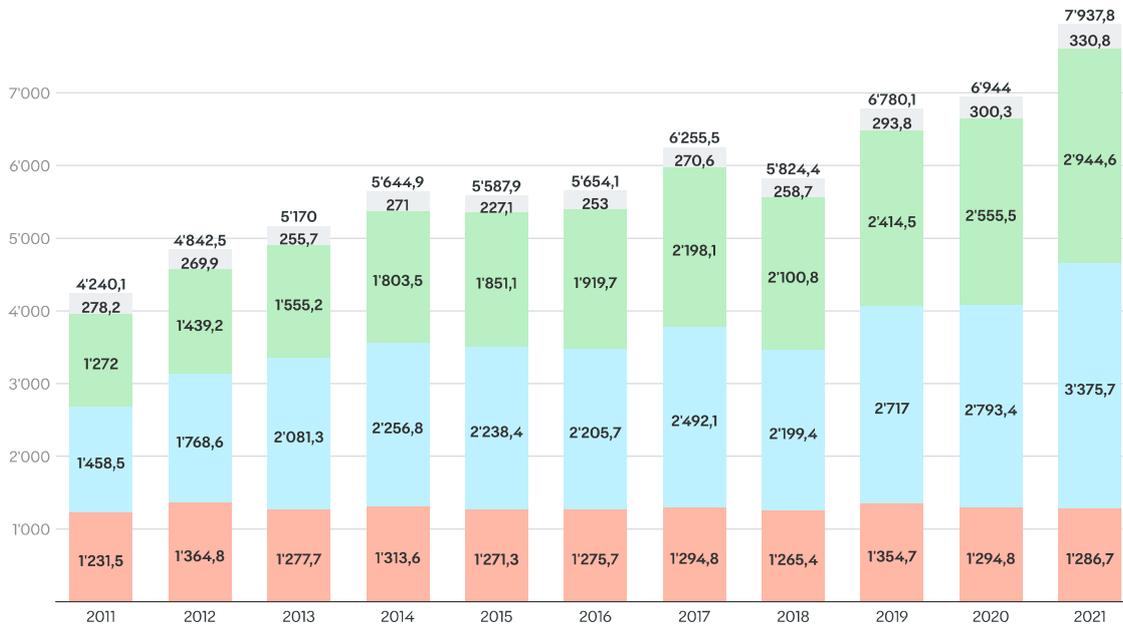
Die Wertschriftenbestände gliedern sich in die Kategorien «Aktien», «Kollektivanlagen», «Obligationen» und «Übrige». Nachdem es im Vorjahr nur zu kleinen Veränderungen kam, sind 2021 einige Positionen stark angestiegen. Die grösste Zunahme verzeichneten Aktien (+20,8%), gefolgt von den Anteilen an Kollektivanlagen mit einem Wachstum von 15,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig blieben die Vermögen in Obligationen stabil (-0,6%). Folglich ist die Zunahme der Wertschriftenbestände hauptsächlich auf den Anstieg der Börsen zurückzuführen. Dies ist nicht nur im Vergleich zum Vorjahr der Fall. Über das letzte Jahrzehnt konnten die Wertschriftenbestände insgesamt ein starkes Wachstum von 87,2 Prozent verzeichnen. Da der Obligationenbestand im Betrachtungszeitraum konstant blieb, ist das Wachstum der Wertschriftenbestände auch historisch auf die Zunahme bei den Aktien und Kollektivanlagen zurückzuführen.

Abbildung 22

Wertschriftenbestände in Kundendepots nach Art

In CHF Mrd.

■ Obligationen
 ■ Aktien
 ■ Anteile an Kollektivanlagen
 ■ Übrige



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Depotbestände nach Währungen

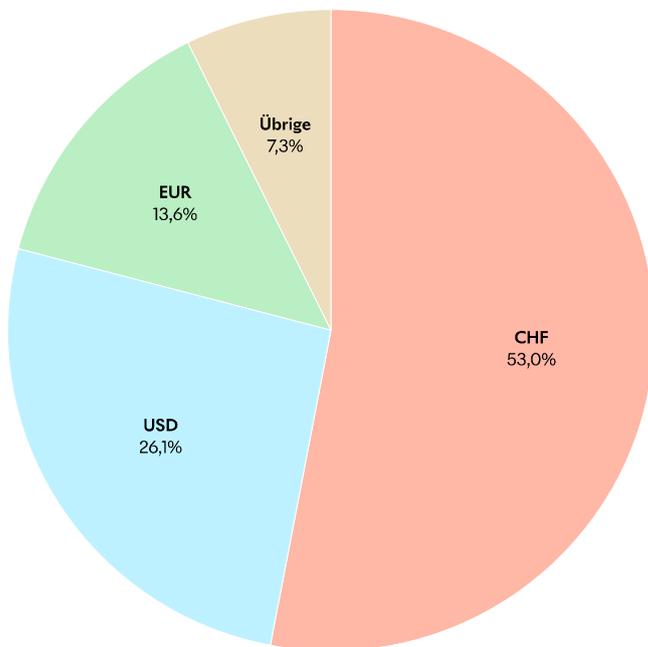
Die Depotbestände nach Währungen waren gegenüber dem Vorjahresniveau stabil. Über die Hälfte der Depotbestände war per Ende 2021 in Schweizer Franken angelegt. Ein Viertel entfiel auf den US-Dollar, ein weiteres Viertel machten der Euro und die restlichen Währungen aus.

Der Frankenanteil hat sich im Jahr 2021 von 52,5 Prozent auf 53 Prozent leicht erhöht und blieb damit weiterhin die bedeutendste Anlagewährung. Auch bei den anderen Währungen waren nur sehr kleine Veränderungen festzustellen. So hat der US-Dollar im Vergleich zum Vorjahr 0,3 Prozentpunkte abgenommen und der Euro 0,8 Prozentpunkte zugenommen. Während beim Schweizer Franken rund zwei Drittel der Depotinhaber inländisch sind, verhielt es sich beim US-Dollar und beim Euro genau umgekehrt. Bei diesen zwei Währungen gehörten jeweils zwei Drittel des Depotbestandes den ausländischen Depotinhabern.

Abbildung 23

Depotbestände nach Währungen per Ende 2021

CHF USD EUR Übrige



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

4.2 Verwaltete Vermögen nach dem ersten Halbjahr im Minus

Die verwalteten Vermögen nahmen nach einem starken Anstieg 2021 in den ersten Monaten 2022 wieder ab (–4,4%). Grund dafür war ein Rückgang der Wertschriftenbestände (–5,5%), der vorab durch die negative Entwicklung der Aktienmärkte getrieben worden ist.

Die grosse Unsicherheit in den ersten Monaten 2022 machte sich auch bei den verwalteten Vermögen bemerkbar. Per Ende Mai 2022 verwalteten die Banken in der Schweiz Vermögen in der Höhe von CHF 8'205 Mrd. Dies entspricht einer Abnahme von 4,4 Prozent seit Ende 2021. Dabei sind sowohl die Vermögen von inländisch wie auch von ausländisch domizilierten Kundinnen und Kunden gesunken. Verantwortlich für diesen Rückgang ist die negative Entwicklung der Aktienmärkte und die damit verbundene Abnahme der Wertschriftenbestände. Diese verzeichnen ein Minus von 5,5 Prozent (–CHF 421,1 Mrd.). Die negative Entwicklung der Aktienmärkte zeigte sich auch im SMI, der im ersten Halbjahr bis zu 20 Prozent einbüsste. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden nahmen in den ersten Monaten 2022 um CHF 25,5 Mrd. zu (+3,3%), wobei der Anstieg durch die Kundinnen und Kunden im Ausland (+17,7%)

getrieben wurde. Einen Zuwachs um CHF 17,7 Mrd. (+16,8 %) verzeichneten zudem die Treuhandverpflichtungen. Diese starke Zunahme fällt aber kaum ins Gewicht, da die Treuhandverpflichtungen lediglich 1,5 Prozent der gesamten verwalteten Vermögen ausmachen.

5. Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz

Die Banken in der Schweiz beschäftigten per Ende 2021 90'576 Personen im Inland (in Vollzeitäquivalenten) und damit 619 mehr als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote lag im Finanzsektor mit 2,4 Prozent leicht unter derjenigen der Gesamtwirtschaft und hat sich gegenüber dem Pandemiejahr 2020 deutlich reduziert.

5.1 Entwicklungen 2021

Die Anzahl der Beschäftigten im Bankensektor nahm 2021 wie bereits im Vorjahr leicht zu (+0,7%), nachdem seit 2013 ein sukzessiver Rückgang beobachtet werden konnte. Die Arbeitslosenquote lag im Finanzsektor mit 2,4 Prozent leicht unter derjenigen der Gesamtwirtschaft.

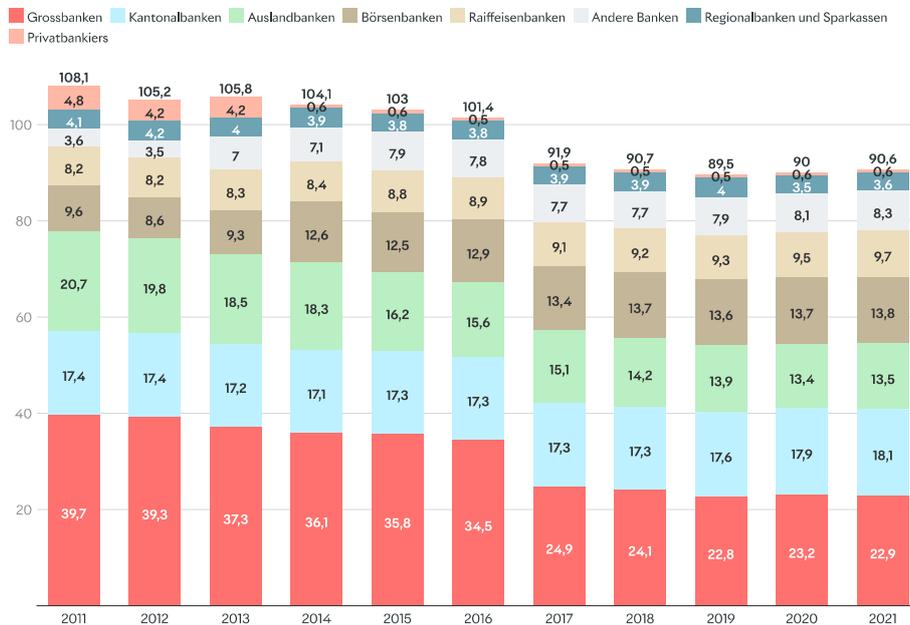
Im Jahr 2021 beschäftigten die Banken im Inland 90'576 Personen (in Vollzeitäquivalenten). Die Anzahl der Stellen nahm im Vergleich zum Vorjahr um 619 zu (+0,7%). Damit nahm die Anzahl der Beschäftigten im Bankensektor im zweiten Jahr in Folge zu und erreichte das Niveau von 2018. Dies, nachdem bis dahin ein sukzessiver Rückgang beobachtet werden konnte. Im Dezember 2021 betrug die Arbeitslosenquote im Schweizer Finanzsektor gemäss dem SECO durchschnittlich 2,4 Prozent³⁶. Sie lag damit leicht unter der Zahl für die Gesamtwirtschaft von 2,6 Prozent, welche sich wieder auf einem ähnlichen Niveau wie vor der Pandemie befindet. Insgesamt waren Ende 2021 insgesamt 3'081 registrierte Arbeitslose in der Bankenbranche zu verzeichnen, was einer Abnahme um 1'256 Arbeitslose im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Grossbanken haben im Jahr 2021 rund 314 Stellen abgebaut, während die restlichen Bankengruppen insgesamt 933 Stellen aufgebaut haben. Trotz der Erhöhung des Personalbestands ist der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um CHF 206,7 Mio. gesunken. Der Anteil der Mitarbeiterinnen nahm gegenüber dem Vorjahr leicht ab und lag 2021 bei 38,3 Prozent (34'733 Vollzeitäquivalente). Den höchsten Anteil an Mitarbeiterinnen weisen wie bereits in den Vorjahren die Raiffeisenbanken mit 45 Prozent und die Regionalbanken und Sparkassen mit 44,1 Prozent aus.

³⁶ SECO (2021). Die Lage auf dem Arbeitsmarkt Dezember 2021

Abbildung 24

Personalbestand bei den Banken in der Schweiz (Inland)

In Tsd. Vollzeitäquivalenten



Hinweis für das Jahr 2017: Sondereffekt aus der Umteilung von Personal in eine konzerninterne Dienstleistungsgesellschaft einer Grossbank.

Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

Abbildung 25

Entwicklung des Personalbestandes nach Bankengruppe

In Vollzeitäquivalenten

Bankengruppe	2020	2021	Veränderung
Kantonalbanken	17'900	18'091	190
Grossbanken	23'228	22'914	-314
Regionalbanken und Sparkassen	3'529	3'640	111
Raiffeisenbanken	9'492	9'729	237
Privatbankiers	554	553	-1
Auslandbanken	13'395	13'542	147
Andere Banken	8'111	8'264	153
Börsenbanken	13'748	13'844	96
Total	89'958	90'577	619

Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Schweizerische Nationalbank

5.2 In der kurzen Frist positive Aussichten bei der Stellenentwicklung

Die Beschäftigtenlage sowie die Aussichten für den weiteren Jahresverlauf präsentieren sich positiv. Insgesamt nahm der Personalbestand im ersten Halbjahr um rund ein Prozent zu, wobei der Zuwachs im Ausland mit 1,5 Prozent stärker ausfiel als im Inland (0,4%). Eine Fortsetzung dieser Entwicklung wird auch von knapp einem Drittel der befragten Banken für das zweite Halbjahr 2022 erwartet.

Die Beschäftigung im Inland erhöhte sich bei den Schweizer Banken gemäss der Umfrage der SBVg zwischen Ende 2021 und Juni 2022 leicht um 0,4 Prozent respektive 325 Stellen. Der Personalbestand im Ausland wurde in dieser Zeitperiode deutlich ausgebaut. Der Zuwachs lag bei 1,5 Prozent respektive einem Plus von 1'412 Stellen. Die detaillierten Ergebnisse der Zu- und Abgänge zeigen bei den Beschäftigten im Inland in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres eine Zunahme um gut 4'100 Stellen. Diesem Aufbau stand ein Arbeitsplatzabbau von 3'800 Stellen gegenüber. Die Fluktuation (Zu- und Abgänge) war im Ausland mit einer Zunahme um rund 6'800 Stellen und einem Abbau von gut 5'400 Stellen ausgeprägter als im Inland.

Abbildung 26

Personalbestand Total im In- und Ausland

In Vollzeitäquivalenten	Stand am 30. Juni 2022	Entwicklung im ersten Halbjahr 2022			
		Veränderung Total	Veränderung in %	Zugänge	Abgänge
Inland	89'940	325	0,4%	4'125	3'800
Ausland	94'146	1'412	1,5%	6'805	5'392

Hinweis: Anzahl Antworten: 153; Anzahl befragte Banken: 205

Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Umfrage der Schweizerischen Bankiervereinigung (2022)

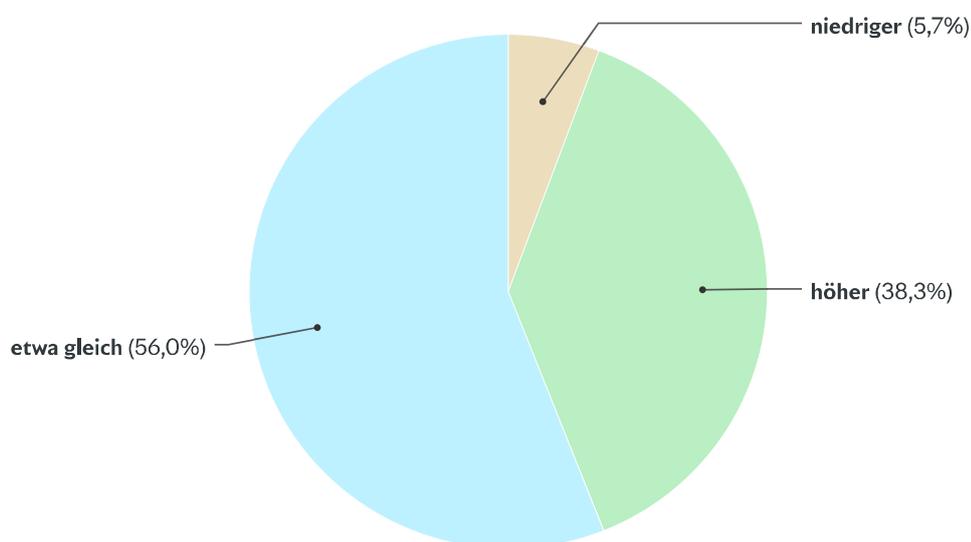
Optimistische Einschätzung des weiteren Jahresverlaufes

Wie bereits im Vorjahr zeigen sich die befragten Banken bei der Einschätzung der eigenen Arbeitsplatzentwicklung für das zweite Halbjahr optimistisch. Über ein Drittel der Befragten erwartet einen weiteren Arbeitsplatzaufbau bis Ende 2022 und nur rund sechs Prozent gehen von einem Abbau der Beschäftigten aus. Damit erhöhte sich der Anteil der Banken, die von einem Arbeitsplatzaufbau ausgehen, im Vergleich zum Vorjahr leicht. Da über 90 Prozent der Umfrageteilnehmenden eine unveränderte oder höhere Beschäftigung erwarten, wird von einem mindestens gleichbleibenden Beschäftigungssaldo in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 ausgegangen.

Abbildung 27

Erwartete Beschäftigungsentwicklung zweites Halbjahr 2022

Anteile in Prozent aller Antworten



Anmerkung: Anzahl Antworten: 153; Anzahl der befragten Banken: 205

Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Umfrage der Schweizerischen Bankiervereinigung (2022)

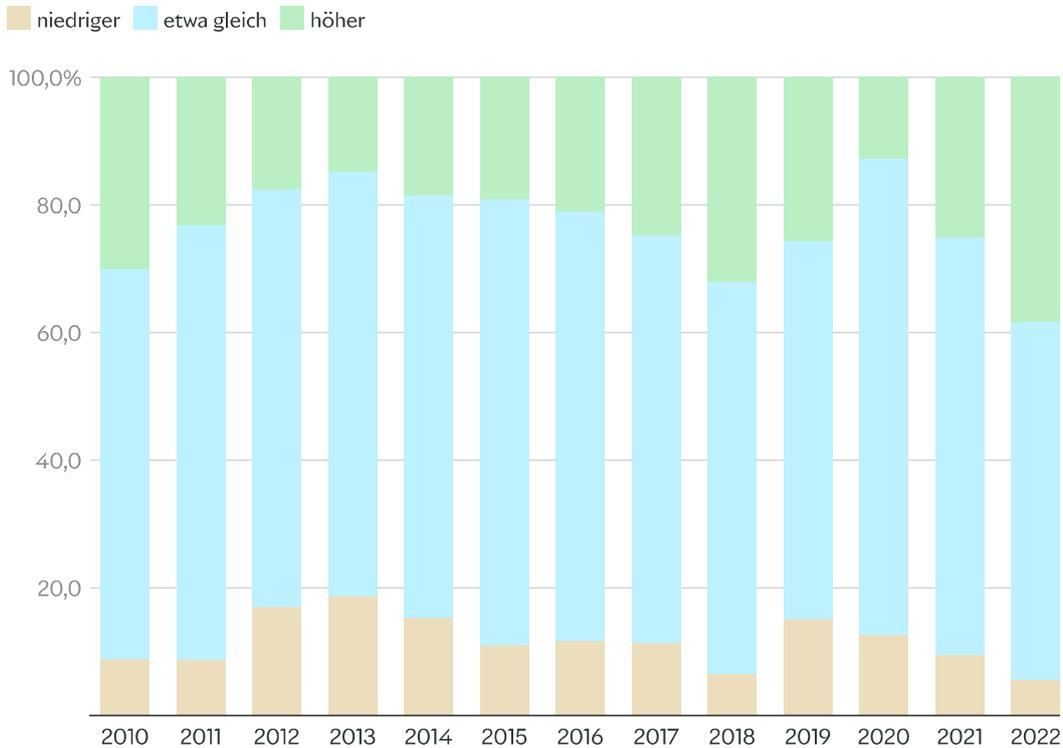
Minderheit der Banken erwartet eine rückläufige Beschäftigung

In den vergangenen Umfragen der SBVg zur Beschäftigungsentwicklung dominierte bei den Antworten in Bezug auf das eigene Institut jeweils die Kategorie «etwa gleich». Seit dem Jahr 2013 verringerte sich der Anteil der Banken, welche die eigene Arbeitsplatzentwicklung negativ einschätzen – mit Ausnahme des Jahres 2019 – kontinuierlich. Dieser Trend setzte sich auch im laufenden Jahr fort. Lediglich noch 5,7 Prozent der befragten Banken erwarten für ihr Institut im weiteren Jahresverlauf eine rückläufige Beschäftigung.

Abbildung 28

Umfrageergebnisse zur Beschäftigungserwartung für das zweite Halbjahr

In Prozent aller Antworten



Grafik: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Umfragen der Schweizerischen Bankiervereinigung

Erwarteter Arbeitsplatzaufbau in mehreren Geschäftsbereichen

Der Vergleich der Tendenzaussagen für die einzelnen Geschäftsbereiche zeigt, dass in fast allen Geschäftsbereichen die Aussichten tendenziell positiv eingeschätzt werden. Ähnlich positiv mit einem Anteil von jeweils über einem Viertel wird die Arbeitsplatzentwicklung in den Geschäftsbereichen Retail Banking, Wealth Management und Logistik und Operations («Backoffice») beurteilt. In den Geschäftsbereichen Institutionelles Asset Management und dem Handelsgeschäft geht der überwiegende Teil der Umfrageteilnehmenden (rund 80 bzw. 95%) von einer gleichbleibenden Beschäftigungsentwicklung aus.

Abbildung 29

Tendenz der Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2022

Total	Retail Banking	Wealth Management	Institutionelles Asset Management	Handelsgeschäft	Logistik + Operations ("Back-Office")
→ ↗	→ ↗	→ ↗	→	→	→ (↗)

Hinweis: Anzahl Antworten: 153; Anzahl der befragten Banken: 205

Tabelle: Schweizerische Bankiervereinigung · Quelle: Umfrage der Schweizerischen Bankiervereinigung (2022)

Leichte Abnahme der Arbeitslosenquote im Bankensektor

Am Ende des Jahres 2021 lag die Arbeitslosenquote sowohl in der Schweiz (2,6%) als auch im Finanzsektor (2,4%) deutlich unter den pandemiebedingt hohen Werten des Vorjahres. Im Verlauf des Jahres 2022 konnte eine weitere Beruhigung auf dem Arbeitsmarkt festgestellt werden. Per 30. Juni 2022 lag die Arbeitslosenquote im Finanzsektor bei 2,2% und damit auf dem gleichen Niveau wie die gesamtschweizerische Quote.

Literaturverzeichnis

BAK Basel

«Volkswirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Finanzsektors. Ergebnisse 2021», November 2021

Bundesamt für Statistik (BFS)

«Landesindex der Konsumentenpreise», Juli 2022

Bundesrat

«Digital Finance: Handlungsfelder 2022+», Februar 2022

«Botschaft zur Änderung des Finanzhaushaltgesetzes (Abbau der coronabedingten Verschuldung)», März 2022

Creditreform

«Presseletter 04 – Die Konkurswelle ist da», Juli 2022

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)

«COVID-19-Überbrückungskredite», 2022, abgerufen am 25. Juli 2022, von <https://covid19.easy-gov.swiss/#anchor-1>

Europäische Zentralbank (EZB)

«Geldpolitische Beschlüsse vom 9. Juni und 21. Juli 2022», Medienmitteilung, Juli 2022

«Erklärung nach der Ad-hoc Sitzung des EZB-Rats», Medienmitteilung, Juni 2022

«The Transmission Protection Instrument», Medienmitteilung, Juli 2022

Federal Reserve

«FOCM statement and implementation note», März, Mai, Juni, Juli 2022

Institute of Financial Services Zug (IFZ)

«IFZ FinTech Study 2022 – An Overview of Swiss FinTech», März 2022

International Monetary Fund (IMF)

«Fiscal Monitor. Fiscal policy from pandemic to war», April 2022

«World Economic Outlook», April, Juli 2022

Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg)

«Automatischer Informationsaustausch für virtuelle Vermögenswerte: Ja, aber gleiche Regeln für alle», Mai 2022

«Marktzugang für Schweizer Banken – Bedeutung und Perspektiven. Hintergrundpapier der SBVg», Juni 2019

• Swiss Banking

«Neue Währungen für die Schweiz? Die Herausforderungen eines digitalen Franks und privater Stablecoins für die Schweizer Banken, Diskussionspapier der SBVg», Juni 2021

«Open Finance: Branchenverbände gestalten Grundlagen für einen offenen Finanzplatz», März 2021

«Perspektiven zur Zukunft des Schweizer Banking», Juni 2021 (mit accenture)

«Stellungnahme zur Einführung des Trusts (Änderung des Obligationenrechts)», April 2022

Schweizerische Nationalbank (SNB)

«Datenportal der Schweizerischen Nationalbank», Juli 2022

«Zwischenbericht der Schweizerischen Nationalbank vom 30. Juni 2022», Juli 2022

«Geldpolitische Lagebeurteilung vom 16. Juni 2022. Nationalbank strafft Geldpolitik und erhöht SNB-Leitzins auf -0,25%», Juni 2022

«Geschäftsbericht 2021», März 2022

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

«Konjunkturtendenzen», Sommer 2021, Winter 2021/2022, Frühjahr & Sommer 2022

«Die Lage auf dem Arbeitsmarkt», monatlich publiziert, 2022

Swiss Finance Institute

«Global Financial Regulation, Transparency and Compliance Index (GFRTCI)», April 2022